

Excerptum ex

FRAGMENTUM!

ARCHIVUM
HISTORIAE
PONTIFICIAE

27

1989

PONTIFICIA UNIVERSITAS GREGORIANA
FACULTAS HISTORIAE ECCLESIASTICAE
ROMAE

ELISABETH KOVÁCS

Mit vielen Dank,

besondere Empfehlungen -

Elisabeth Kovács

1.2.1920.

PAPST BENEDIKT XV. UND DIE RESTAURATIONSBEMÜHUNGEN DES KAISERS UND KÖNIGS KARL VON ÖSTERREICH

Summarium. — Inter eventus dissolutionis Monarchiae Austro-Hungaricae Carolus, imperator Austriae et rex Hungariae, re cum pontifice Benedicto XV discussa, consilium mente concepit Confoederationis Danubianae constituendae, quae pristinum civitatum et rerum publicarum imperiale consortium renovaret. Conclusis tractatibus pacis in St.-Germain-en-Lay et in Trianon, summus pontifex Carolum rogavit ut id quod sibi proposuerat, protinus perficeret; scilicet ab Hungaria incipiendo terras antiquae Monarchiae recuperaret sicque expansionem bolscevistarum per Europam Centralem coërceret. Conatus imperatoris Caroli id actionibus publicis ac militaribus assequendi ad irritum ceciderunt, propter et res adversas internas et eventus infaustos externos. Quod pertinet ad imperatoris relationes, civiles et ecclesiasticas, cum summo pontifice Santaque Sede, his rebus non sunt perturbatae, sed integrae permanserunt.

1. DIE DONAU-KONFÖDERATION

Mit einem persönlichen Schreiben von Kaiserin Zita an Kurienkardinal Gaetano Bisleti sandte Kaiser Karl von Österreich am 28. Februar 1919 aus Schloß Eckartsau einen politischen Brief an Papst Benedikt XV. «... Ich empfinde ein wirkliches Bedürfnis, Mich mit einem ganz kindlichen Vertrauen an Eure Heiligkeit zu wenden und zu Ihnen mit offenem Herzen zu sprechen», begann der Kaiser, indem er den Papst ersuchte, diesen Brief als streng vertraulich und exklusiv persönlich zu betrachten:

«In den Prüfungen, die Mir die göttliche Vorsehung geschickt hat, habe Ich das Bewußtsein bewahrt, immer das zu tun, was Ich für Meine Pflicht gehalten habe und Ich begehre nichts von allem, als das Wohlergehen Meiner Untertanen, die größere Ehre Gottes und den Triumph Unserer heiligen Mutter, der Kirche.

* Ich bin Pál Arató, SJ, Lotte Wewalka und Franz Pichorner für vielfältige Hilfe bei der Erforschung und Darstellung dieses komplizierten Themas zu besonderem Dank verpflichtet.

Abkürzungen:

AE	=	Archivio della S. Congregazione per gli Affari ecclesiastici straordinari, Città del Vaticano.
BKA	=	Archiv der Bayerischen Kapuzinerprovinz, München.
BOROVICZÉNY	=	ALADÁR VON BOROVICZÉNY, <i>Der König und sein Reichsverweser</i> , München 1925.
DBA	=	Deutsches Bundesarchiv, Koblenz.
FEIGL, Kaiser Karl	=	<i>Kaiser Karl. Persönliche Aufzeichnungen, Zeugnisse und Dokumente</i> , hrsg. von E. FEIGL, Wien 21987.
ÖStA NPA	=	Österreichisches Staatsarchiv, Wien, Neues politisches Archiv.
PA AA, Bonn	=	Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn.
PD	=	<i>Papers and Documents relating to the foreign relations of Hungary</i> , published by the Royal Hungarian Ministry for Foreign Affairs. I: 1919-1920, Budapest 1939; II: <i>January to August 1921</i> , Budapest 1946.
TS	=	<i>Transsumpta Processus Ordinarii Causae Servi Dei Caroli de Austria</i> .

Meine gegenwärtige Situation — Eure Heiligkeit versteht sie zweifellos — ist die schwierigste. Aber Ich verliere nicht den Mut und Ich habe vor allem das Vertrauen, daß das heiligste Herz Jesu das Land, das ihm geweiht ist, nicht preisgeben wird. Diese Gedanken geben Uns, der Kaiserin und Mir, die größte Kraft»¹.

Entgegen diversen Meldungen des päpstlichen Geschäftsträgers von Bern, Erzbischof Luigi Maglione² und des Wiener Nuntius, Erzbischof Teodoro Valfré di Bonzo³, vom November 1918, wie auch entgegen der Mitteilung des Wiener Kardinal-Erzbischofs Friedrich Gustav Piffl vom 30. Dezember 1918⁴, der Kaiser habe abgedankt, erklärte er selbst dem Papst seine Situation aus politischer und juridischer Sicht.

«Ich habe nicht auf den Thron verzichtet und Ich bin entschlossen, niemals abzudanken. Im Staat Deutschösterreich war Ich durch die Revolution gezwungen, eine anmaßende Proklamation zu unterschreiben, in der Ich erklärt habe, Mich abwartend aller Regierungstätigkeiten zu enthalten und der Nation die Entscheidung über ihre Zukunft selbst zu überlassen. Ich betrachte Mich keineswegs an diese Erklärung gebunden, denn sie wurde von Mir in einem Augenblick erpreßt, als Ich keine Möglichkeiten mehr hatte, die Revolution zu ersticken. Meine Armee war noch an der Front eingesetzt, während Mich hier Meine Truppen vollkommen verlassen hatten. Schließlich sind sie nicht mehr bei Mir geblieben, um Mich zu schützen, nur die Zöglinge der beiden Militärakademien. Unter der Drohung, daß Mein Haus für immer dethronisiert wird, fand Ich Mich als König von Ungarn genötigt, eine analoge Erklärung abzugeben.

Was wird das zukünftige Schicksal Österreich-Ungarns sein? Im Augenblick ist die Vereinigung der deutschen Provinzen Österreichs mit Deutschland eine bedeutende Frage, ein Projekt, das die Geister sehr lebhaft beschäftigt und viele Anhänger im radikalen und sozialdemokratischen Milieu hat. Wenn es sich verwirklicht, zeigt es das Ende des katholischen Staates an.

¹ AE, *Austria* 696, Prot. 88.527, Schloß Eckartsau, 28. Februar 1919 (Original französisch); TS 3229 in etwas anderer Übersetzung; Prot. 90.154, Schloß Eckarsau, 23. Februar 1919, Kaiserin Zita an Kardinal Gaetano Bisleti; K. WERKMANN, *Der Tote auf Madeira*, München 1921, 48-53. Gaetano Bisleti (1856-1937), 1911 Kurienkardinal.

² AE, *Austria* 624, Prot. 85.320 (Cifra 137), Bern, November 1918, Luigi Maglione an Pietro Gasparri. Luigi Maglione (1877-1944), 1918 päpstlicher Delegat, 1920 Apostolischer Nuntius in Bern.

³ AE, *Austria* 624, Prot. 84.396 (Cifra 363), Wien, November 1918, Teodoro Valfré di Bonzo an Pietro Gasparri. Teodoro Valfré di Bonzo, Titularerzbischof von Trapezunt, 1916-1920 Apostolischer Nuntius in Wien, 1919 Kardinal.

⁴ AE, *Austria* 696, Prot. 86.573 Beilage: Wien, 30. Dezember 1918, Kardinal Friedrich Gustav Piffl an Papst Benedikt XV.: «Imperio Austriaco-Hungarico in partes dissidentes dissoluto, imperator christianissimus regno abdicavit et complures res publicae democraticae exortae sunt, ...». Friedrich Gustav Piffl (1864-1932), 1913-1932 Fürsterzbischof von Wien, 1914 Kardinal. Nach W. BRAUNEDER-F. LACHMAYER, *Österreichische Verfassungsgeschichte*, Wien 1987, 169 hätte Kaiser Karl mit seiner Erklärung vom 11. November 1918, daß er «im voraus ... die Entscheidung» anerkenne, «die Deutschösterreich über seine künftige Staatsform trifft» und nachdem der Deutschösterreichische Staatsrat sich für die Staatsform der demokratischen Republik entschieden hatte, hätte der Kaiser für dieses Gebiet einen Thronverzicht ausgesprochen. «Da der Monarch weiters erklärte, er 'verzichte auf jeden Anteil an den Staatsgeschäften' wurde im Sinne des konstitutionellen Staatsrechts mit seiner Fundierung in Volkssouveränität und monarchischer Legitimität, das letztgenannte Verfassungsprinzip aufgegeben. Dafür spricht, daß der Kaiser seine Regierung ihres Amtes enthob und keine neue ernannte. Über den weiteren 'Anteil am Staat', nämlich den der Volkssouveränität und deren Organ, das Parlament, konnte der Monarch nicht befinden. Es hat selbst gehandelt.» Vgl. dazu auch S. 191.

⁵ AE, *Austria* 696, Prot. 86.573 Beilage: Wien, 30. Dezember 1918, Kardinal Friedrich Gustav Piffl an Papst Benedikt XV.: «Imperio Austriaco-Hungarico in partes dissidentes dissoluto, imperator christianissimus regno abdicavit et complures res publicae democraticae exortae sunt, ...».

Er
und wi
rung er
von Na
werden
ten un
ren, lä
A
ökono
alles kö
ohne zu
Es ist n
Union
und da
annehm
einem
Herkun
mit der
Zwietra
Ein
nen wi

«D
gemein
plomati
föderat
chen so
sogar s
Ich
einzig t
zur Art
Kämpfe
Sch
mehr o
der Re
keit M
Union
De
gleich j
göttlich
ihre Un
ten? Un
gen des
Riesen
Die
nen das

Der Kai
Sorgen dem
eines Sohne
Klugheit und

Er würde für immer beseitigt; die andere Lösung, die Ich als einzig mögliche und wünschenswerte betrachte und die Garantien von Dauer und Konsolidierung eröffnet, wird in der Tat sein, die alte Monarchie in Form einer Föderation von Nationalstaaten wiederzuerrichten, die auf den alten Territorien organisiert werden müssen. Auch diese Lösung hat zahlreiche Anhänger unter den gemäßigten und konservativen Elementen, aber der Terror, den die Radikalen exerzieren, lähmt sie und hindert sie, in diesem Sinn zu neuem Leben zu erwachen.

Andererseits haben sie denselben Glauben, ihre geographische Situation, ihr ökonomisches System, das Netz ihrer Kommunikation — mit einem Wort — alles können diese Völker, verbunden durch die Donau, hier suchen und finden, ohne zu sehr zu zögern, die Formel einer Union ihrer vitalsten Lebensinteressen. Es ist nicht reiner Zufall, ist nicht für nichts, daß sie seit Jahrhunderten eine enge Union erhalten haben. Ich anerkenne, daß diese Union, wenn sie erneuert wird und dauern soll, durch die Ereignisse eine sehr veränderte und ganz neue Form annehmen muß. Aber Ich kann diese Föderation nicht anders als Monarchie mit einem legitimen Souverän sehen. Jeder gewählte Präsident wird durch seine Herkunft einem der Nationalstaaten angehören, er kann nur angenommen sein mit dem Mißtrauen der anderen Nationalitäten und ist deshalb die Quelle von Zwietracht und neuen Unordnungen.

Ein Feuer, eine Gefahr, die sich durch die angestammte Dynastie nicht ereignen wird, da sie aus verschiedenen Nationalitäten erwachsen ist.

«Diese föderative Monarchie» — fuhr der Kaiser fort — «könnte folgende gemeinsame Angelegenheiten haben: 1. Die Beziehungen mit dem Ausland (Diplomatie) — 2. Armee — 3. Handel, Post und Eisenbahn, Schifffahrt, mit einem föderativen Parlament und den jeweiligen Ministern. — In allen weiteren Bereichen sollte jeder Staat seine vollständige Autonomie erhalten, seine Verfassung, sogar seine eigene Regierungsform.

Ich bin überzeugt, daß eine derartige monarchische Donaukonföderation die einzig taugliche ist, die verhindern kann, daß die alte Monarchie Meiner Ahnen zur Art der Balkanstaaten werde, das Theater blutiger Kriege und der endlosen Kämpfe.

Schon führen die verschiedenen kleinen Republiken, mühevoll konstituiert, mehr oder weniger offenen Krieg, sie alle sind katholisch. Wenn man die Energie der Reichsdeutschen bedenkt, sowie Charakterschwäche und zu große Gutmütigkeit Meiner Deutschösterreicher kennt, ist zu befürchten, daß eine politische Union der beiden Elemente nur zum Nachteil des Katholizismus werden kann.

Deshalb danke Ich nicht ab. — Meine eigene Sache, die Ich verfechte, ist zugleich jene Unserer Religion. Sind nicht Altar und Thron, diese beiden Mächte göttlicher Stiftung, aufgerufen, Hand in Hand zu arbeiten, allein befähigt, durch ihre Union, die Ordnung wiederzuerrichten und vor allem sie aufrechtzuerhalten? Unsere gemeinsamen Anstrengungen, Heiliger Vater, können die Empörungen des Bolschewismus erreichen, der in jeder der kleinen Republiken nahe beim Riesen ist.

Die Regierungen waren unfähig, das an Ort und Stelle zu beheben. Wir können das Heil nur von fremder Intervention erhoffen».

Der Kaiser empfand große Erleichterung, inmitten seiner Leiden und Sorgen dem Papst seine Gedanken mitteilen zu können «mit dem Vertrauen eines Sohnes, indem Ich an Ihre väterliche Güte und Ihre außerordentliche Klugheit und Weisheit appelliere»⁵.

⁵ AE, *Austria* 696, Prot. 88.527, Schloß Eckartsau, 28. Februar 1919, Kaiser Karl an Papst Benedikt XV.; Aufzeichnungen Kaiser Karls vom 20. November 1920: FEIGL, *Kaiser Karl*, 202-203.

Am 26. März 1919 approbierte der Papst dieses Programm mit sehr allgemeinen Worten. Er dankte dem Kaiser für seinen noblen Brief:

«Ich drücke Meine Zufriedenheit über die hohen Gefühle und das kindliche Vertrauen aus, das Eure Majestät Unserer Person entgegen bringt. Wir wünschen diesen Völkern eine bessere Zukunft, die Wir wegen ihrer Anhänglichkeit an Unseren Apostolischen Stuhl so lieben und die Eurer Majestät so teuer sind».

Nach all dem, was Kaiser Karl für das Wohl der ihm von Gott anvertrauten Völker unternommen habe, wundere es ihn, den Papst, nicht, daß sich der Kaiser auch nach diesen schweren politischen Ereignissen die besten Gesinnungen und das Wohlwollen für seine Völker erhalten habe⁶.

Als Kaiser Karl sein Schweizer Exil auf Schloß Wartegg bezogen hatte, ersuchte er am 19. April 1919 Kardinal Bisleti, dem Papst für seinen Antwortbrief zu danken und ihm zwei Zusatzpunkte zum Programm der Donaukonföderation zur Kenntnis zu bringen: es sei von größter Wichtigkeit, den zukünftigen Föderalstaat neutral zu konstituieren. Denn die Geschichte habe gezeigt, daß ein Nationalitätenstaat nur in Zeiten des Friedens vereint bleibe, sodaß die Neutralität eine starke Garantie für die Aufrechterhaltung des Friedens sei. Außerdem sollte Österreich-Ungarn bei der kommenden Friedenskonferenz [in Paris] nicht nur durch Delegierte der einzelnen neuen Nationalstaaten, «die gegenwärtig in einem Krieg einer gegen den anderen stehen», vertreten sein. Sie benötigten eine gemeinsame Repräsentanz, vor allem wegen der Finanzfragen, die sie gegenüber den alten Feinden nur en block vorteilhaft verhandeln könnten. Im gegenwärtigen Zustand der Liquidation der Österreichisch-Ungarischen Monarchie funktionierten noch immer die alten Gesetze. Mit Ausnahme der Tschechoslowakei seien die anderen kleinen Nationalstaaten, noch nicht anerkannt. Und es sei zu hoffen, daß sie noch lange nicht anerkannt würden. Auch könnte ein großer Fortschritt zur gemeinsamen Repräsentation erzielt werden, bewiesen jene Politiker, die zur Zeit die Auflösung des alten Reiches beklagten, größeren und ausdauernderen Mut. Es sei zu wenig, daß sie ihre Gefühle manifestierten, sie müßten ihre freie Meinung äußern. Als ersten Schritt zur Verwirklichung dieses Programmes sah Kaiser Karl «daß die seit Jahrhunderten miteinander verbundenen Völker mit Hingabe die Stimme der Versöhnung hören und begreifen, daß es ihr wirkliches Interesse ist, wieder vereint zu werden»⁷.

Noch vor seiner Ausreise in die Schweiz verfaßte Kaiser Karl Mitte März 1919 einen Brief an König Alfons XIII. von Spanien, mit dem er entfernt verwandt war. Er schlug ihm vor, Ententetruppen in den Donaauraum zu senden, damit sie den Radikalismus unter Kontrolle hielten. Außerdem ersuchte er, soviel Lebensmittel als möglich zu liefern, um Hungerunruhen zu verhindern. Schließlich bat er den König von Spanien, die Entente dafür zu gewin-

⁶ AE, *Austria* 696, Prot. 88.527, Vatikan, 26. März 1919 (Konzept italienisch), Papst Benedikt XV. an Kaiser Karl; irrtümlich übersetzt in TS 3251.

⁷ AE, *Austria* 696, Prot. 90.154, Wartegg, 17. April 1919 (Original französisch), Kaiser Karl an Kardinal Gaetano Bisleti.

nen, daß un-
ten Nationen

Es hat d
tion nur der
beim Zusan
Friedensgesp

Kaum
März 1919
kirch ein M
feierlich geg
Konstituier
ber 1918 g
Thronentset
und die Mitg
sen über Sta
publik Gülti
«sich Volksw
der Definitio
tung der der

⁸ G. BROOK
Wien 1965, 285
ver und liberal
Militärmission
drow Wilson u
1918/19 in Wie

⁹ PA AA, B
ner Geschäftsstr
lig viele Vertrau
nin erwartet. D
alsbald mit dem
Die Eröffnunge
nun der Prinz n
her schlecht be
Wien und ander
um den Hof w
gleichzeitig aber
wie gesagt nich
Agenten trägt».
Rantzau an das
Alexander Kolo
die Ententemäc
die Gründung e
rikanischem Mu
den»; dazu auch
klamierung des
gekommene Wi
einem solchen S
Konzeptionen u
raum und in C
Graz 1960; J. C
(Studia Historio
247-248.

nen, daß unter der Führung der Dynastie Habsburg eine Konföderation der alten Nationen der Habsburgermonarchie entstehen könne⁸.

Es hat den Anschein, daß der Kaiser dieses Konzept der Donaukonföderation nur dem Papst vollständig vorgetragen hatte. Er entwickelte es bereits beim Zusammenbruch der Monarchie und stellte es in ersten Versuchen zu Friedensgesprächen in der Schweiz zur Diskussion⁹.

Kaum einen Monat später übersandte Kaiser Karl, bevor er am 24. März 1919 Österreich verließ und die Schweizer Grenze passierte, aus Feldkirch ein Manifest an Papst Benedikt XV. Darin protestierte der Kaiser feierlich gegen Maßnahmen, die die Regierung, die Provisorische und die Konstituierende Nationalversammlung Deutschösterreichs seit 11. November 1918 getroffen hatten. Er wehrte sich gegen die vorangekündigte Thronentsetzung und gegen die bevorstehende Landesverweisung, die ihn und die Mitglieder seines Hauses betrafen. Der Kaiser sprach den Beschlüssen über Staatsform und Anschluß Deutschösterreichs an die Deutsche Republik Gültigkeit ab. Eine im Zeichen des Terrors, unter dem Druck einer «sich Volkswehr nennenden Parteigarde» gewählte Konstituante wäre nach der Definition der Deutschösterreichischen Regierung keine echte Vertretung der deutschösterreichischen Nation.

⁸ G. BROOK-SHEPHERD, *Um Krone und Reich. Die Tragödie des letzten Habsburgerkaisers*, Wien 1965, 285. Alphons XIII., König von Spanien (1886-1941); zu den Vorschlägen konservativer und liberaler Politiker sowie des Wiener Polizeipräsidenten Johannes Schober an die alliierten Militärmissionen, die Volkswehr aufzulösen und fremde Truppen ins Land zu senden, was Woodrow Wilson und Lloyd George ablehnten: G. BOTZ, *Die kommunistischen Putschversuche 1918/19 in Wien: Österreich in Geschichte und Literatur* 14 (1970) 15.

⁹ PA AA, Bonn, *Österreich* 86/1, Bd. 23, Berlin, 8. November 1918, Frh. von Stumm an Wiener Geschäftsträger Friedrich Hans von Rosenberg, Meldung aus Bern: «Seit einigen Tagen auffällig viele Vertraute Kaiser Karls in der Schweiz Grafen Berchthold, Mensdorff, Apponyi, Graf Czernin erwartet. Der ungarische Prinz Windisch-Graetz seit drei bis vier Wochen in Bern versuchte alsbald mit den hiesiger [sic!] Gesandten Englands und Frankreichs in Verbindung zu treten... Die Eröffnungen des Prinzen haben in Entente-Kreisen lebhaft Überraschung hervorgerufen. Ob nun der Prinz nur die Wünsche unverantwortlicher aristokratischer Kreise vertritt oder der von jeher schlecht beratene Kaiser ihn autorisiert hat, jedenfalls ist der Entente nahegelegt worden, Wien und andere Teile Österreichs von englischen und französischen Truppen besetzen zu lassen, um den Hof vor der in vielen Teilen der Monarchie ausgebrochenen Revolution zu schützen, gleichzeitig aber auch vor Versuchen der Angliederung Deutschösterreichs an Deutschland. Es ist wie gesagt nicht festzustellen, inwieweit der Kaiser die Verantwortung für das Treiben seiner Agenten trägt». PA AA, Bonn, *Österreich* 86/1, Bd. 23, Kopenhagen, 11. Dezember 1918, von Rantzau an das Auswärtige Amt in Berlin, Chiffre, Geheim: Bericht über die Erzählung des Grafen Alexander Kolowrat in Weinlaune: «... er habe gleichzeitig eine geheime politische Mission, er solle die Ententemächte für die Wiedereinsetzung der habsburgischen Dynastie interessieren geplant sei die Gründung eines österreichischen Föderativstaates mit ganz freiheitlicher Verfassung nach amerikanischem Muster, unter *Anschluß Bayerns*; über die Zukunft Ungarns sei noch nichts entschieden»; dazu auch: BROOK-SHEPHERD (wie Anm. 8), 286. — TS 2857: «Den letzten Anstoß zur Proklamierung des Oktobermanifestes, das bereits fertig war, war der über die Schweiz nach Wien gekommene Wunsch des Papstes Benedikt XV., den Föderativstaat auszurufen, weil der Papst in einem solchen Schritt ein wirksames Mittel sah, die katholische Monarchie zu erhalten». — Zu den Konzeptionen und Diskussionen um die Donaukonföderation: J. KÖHL, *Föderationspläne im Donauraum und in Ostmitteleuropa*, München 1958; R. WIERER, *Der Föderalismus im Donauraum*, Graz 1960; J. GALANTAI, *Oszkár Jászi's Conceptions on Federalism during the First World War* (Studia Historica Academiae Scientiarum Hungaricae, 119), Budapest 1975; FEIGL, *Kaiser Karl*, 247-248.

«Weite Gebiete, die diese Regierung und die provisorische Nationalversammlung für Deutschösterreich reklamiert haben, sind, wie zum Beispiel die von Deutschen bewohnten Teile Südtirols, Böhmens, Mährens, Kärntens, Krains und der Steiermark — in dieser konstituierenden Nationalversammlung unvertreten, andererseits haben Ausländer — die in Deutschösterreich lebenden Reichsdeutschen — mitgewählt. Diese willkürlich zusammengesetzte Volksvertretung eines Staates ohne Grenzen hat sich angemaßt, über Staatsform und Einordnung in ein größeres Staatensystem für einen völkerrechtlich noch nicht bestehenden Staat zu entscheiden.

Was deutschösterreichische Regierung, provisorische und konstituierende Nationalversammlung seit dem 11. November 1918 in diesen Belangen beschlossen und verfügt haben und weiterhin resolvieren werden, ist demnach für Mich und Mein Haus null und nichtig».

Mit seinem Aufenthalt in Schloß Eckartsau habe er, der Kaiser, niemals die revolutionären Entwicklungen anerkannt, die die Rechtskontinuität unterbrochen hätten. Da die Deutschösterreichische Regierung mit ihrem Kanzler Dr. Karl Renner an der Spitze ihn vor die Alternative stellte, entweder dem Thron zu entsagen oder interniert zu werden, verlasse er das Land. Nachdem ihn dieselbe Regierung durch die Staatskorrespondenz als außerhalb des Gesetzes stehend erklärt hatte,

«sah Ich Mich vor die bedeutungsvolle Frage gestellt, ob Deutschösterreich die Schmach zu ersparen sei, daß sein legitimes Oberhaupt mit den Seinen einer Woge preisgegeben sein solle, gegen die derzeit kein Damm besteht ... Im Kriege wurde Ich auf den Thron Meiner Väter berufen, zum Frieden trachtete Ich Meine Völker zu geleiten, im Frieden wollte und will Ich ihnen ein gerechter und treubesorgter Vater sein»¹⁰.

Der Kaiser kommentierte in seinem Begleitbrief an den Papst, weshalb er diese Proklamation nicht als feierliches Manifest an seine Völker erlassen hatte. Er wollte den revolutionären Elementen keinen Anlaß bieten und ihnen den Vorwand nehmen, gegen die Reaktion zu kämpfen und neues Unglück über die vom Krieg schwer geprüften Länder zu bringen.

«Deshalb unterlasse Ich es: es ist ein Opfer, das Ich für den Frieden und für die Zivilisation bringe. Vor dem Gewissen der Welt, der Stimme des Rechtes und der Legitimität darf man nicht schweigen. Deshalb richte Ich jetzt Meine Adresse an Eure Heiligkeit und an Seine Majestät den sehr katholischen König Alphons XIII. und bringe Ihnen diesen feierlichen Protest zur Kenntnis»¹¹.

¹⁰ AE, *Austria* 696, Prot. 90.144, Feldkirch, 24. März 1919, vollständig abgedruckt bei: WERKMANN (wie Anm. 1), 35-38 mit dem Vermerk, dieser Protest sei an einige befreundete Staatsoberhäupter gesandt worden, tatsächlich erhielten ihn nur Papst Benedikt XV. und König Alphons XIII. von Spanien. Werkmanns Version ist von der gesamten Kaiser Karl-Literatur übernommen; dazu vgl. auch: R. LORENZ, *Kaiser Karl und der Untergang der Donaumonarchie*, Graz 1959, 578-579.

¹¹ AE, *Austria* 696, Prot. 90.144, Feldkirch, 24. März 1919, Kaiser Karl an Papst Benedikt XV. (Original-Zusatzbrief französisch, Manifest deutsch).

Wie Kai
mitteilte, hat
muk Hauser
Friedrich Gu
unterlassen.
während er s
auszusehen
fahr zu bring
rechte Flügel

Nicht nu
Bonzo berich
lichen Funda
Rußlands in
Wiener Nunt
vierte Interve
ten¹². Im Ve
daß Kaiser K
geschäften zu
seine ersten M
te auch die r
Bolschewiste

Dieser
Majestätstite
wirkliche Ge
des Hauses
sacht und de
ne Strafe für
stoweniger h
behandelt»,
schen Könige

¹² BROOK-S
datiert: 8. Septe
lat, Vorsitzender
für Moraltheolo
tuierenden Nati

¹³ AE, *Aust*
1934), 1898 Titu
nalstaatssekretä

¹⁴ AE, *Aust*
Gasparri.

¹⁵ Ebd. und
Pietro Gasparri.
(wie Anm. 8), 1

¹⁶ AE, *Aust*
Gasparri. Karl I
österreichischen

¹⁷ AE, *Aust*
Gerlach an Paps

Wie Kaiserin Zita dem englischen Historiker Gordon Brook-Shepherd mitteilte, hatten die Führer der Christlichsozialen, die Prälaten Johann Nepomuk Hauser und Ignaz Seipel, hinter denen der Wiener Kardinal Erzbischof Friedrich Gustav Piffl stand, den Kaiser bestürmt, den öffentlichen Protest zu unterlassen. Er sollte nicht «die Fackel in das österreichische Pulverfaß werfen, während er sich selbst in Sicherheit bringe». Die Rücksicht des Kaisers war vorzusehen, er zog es vor, lieber still zu bleiben, als die noch Loyalen in Gefahr zu bringen. Es sollte weder der extrem linke Flügel in Budapest, noch der rechte Flügel in Wien gefährdet werden¹².

Nicht nur Kaiser Karl, sondern auch der Wiener Nuntius Teodoro Valfré di Bonzo berichteten nach Rom, daß die revolutionären Ereignisse die gesellschaftlichen Fundamente der Donaumonarchie bedrohten und daß der Bolschewismus Rußlands in Österreich einziehen würde. Schon im November 1918 hatte der Wiener Nuntius den Kardinalstaatssekretär Pietro Gasparri um eine sehr reservierte Intervention zur Besetzung Wiens durch eine internationale Armee gebeten¹³. Im Verlauf seiner weiteren Berichte teilte der Nuntius vertraulich mit, daß Kaiser Karl die Wahlen als ungültig und den Verzicht, sich von den Staatsgeschäften zurückzuziehen, als nicht bindend betrachtete. Damit korrigierte er seine ersten Meldungen von der Abdankung des Kaisers¹⁴. Der Nuntius referierte auch die revolutionären Umtriebe, die Kontakte Otto Bauers mit russischen Bolschewisten¹⁵ und eine Pressekonferenz Dr. Karl Renners.

Dieser betrachtete die Anwesenheit des Kaisers in Österreich mit Majestätstitel und mit einem bescheidenen Hof als absolut unmöglich, als wirkliche Gefahr für die allgemeine Ordnung. Renner sprach von der Schuld des Hauses Habsburg, dessen Politik den Zusammenbruch Österreichs verursacht und den daß unter die Nationen gesät habe. Das Haus Habsburg verdiene Strafe für das Leid, das es der Bevölkerung bereitet hätte. «Aber nichtsdestoweniger hat die republikanische Regierung den Kaiser höflich und human behandelt», schrieb Valfré di Bonzo¹⁶, dessen nahes Verhältnis zum italienischen Königshaus bekannt war¹⁷.

¹² BROOK-SHEPHERD (wie Anm. 8), 298-299 = handschriftliche Aufzeichnungen Kaiser Karls, datiert: 8. September 1920: FEIGL, *Kaiser Karl*, 203. Johann Nepomuk Hauser (1866-1927), Prälat, Vorsitzender der Christlichsozialen Partei; Ignaz Karl Seipel (1876-1932), 1917-1919 Professor für Moraltheologie in Wien, 1918 Minister für Soziale Fürsorge, 1919 Abgeordneter der Konstituierenden Nationalversammlung, 1922-1924 Österreichischer Bundeskanzler.

¹³ AE, *Austria* 624, Prot. 84.396 (Cifra 370) vom November 1918. Pietro Gasparri (1852-1934), 1898 Titularerzbischof im auswärtigen Dienst der Kurie, 1907 Kardinal, 1914-1930 Kardinalstaatssekretär, BOTZ (wie Anm. 8), 13-23.

¹⁴ AE, *Austria* 696, Prot. 89.484, Wien, 16. März 1919, Teodoro Valfré di Bonzo an Pietro Gasparri.

¹⁵ Ebd. und AE, *Austria* 696, Prot. 89.808, Wien, 3. April 1919, Teodoro Valfré di Bonzo an Pietro Gasparri. Otto Bauer (1882-1938), 1918-1919 Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, BOTZ (wie Anm. 8), 14-15.

¹⁶ AE, *Austria* 696, Prot. 91.607, Wien, 22. März 1919, Teodoro Valfré di Bonzo an Pietro Gasparri. Karl Renner (1870-1932), 1918-1920 Österreichischer Staatskanzler, 1919 Führer der österreichischen Abordnung bei den Friedensverhandlungen in St. Germain.

¹⁷ AE, *Austria* 567, Prot. 26.786, St. Moritz-Dorf (Engadin), 17. Februar 1917, Rudolf von Gerlach an Papst Benedikt XV. über seine Audienz bei Kaiser Karl und dessen Behauptung, Valfré

Anders als Kaiser und Nuntius verhielten sich die österreichischen Erzbischöfe und Bischöfe zu Deutschösterreich, das sich seit dem 11. November 1918 als Republik verstand. Damals hatte man die Proklamation der Republik Deutschösterreich mit dem Anschluß an die Deutsche Republik Woodrow Wilson, dem amerikanischen Präsidenten, offiziell mitgeteilt. Mit dem in Schloß Eckartsau revolutionären Banden schutzlos preisgegebenen Kaiser sprach man nicht mehr¹⁸. Die österreichische Kirche hatte sich, zumindest was ihre repräsentativen Vertreter betraf, voll hinter die Christlichsoziale Partei gestellt und längst vom ohnmächtigen Kaiser entfernt. Die Erzbischöfe und Bischöfe Deutschösterreichs nahmen für ihren Hirtenbrief vom 23. Jänner 1919 die Enzyklika Papst Leos XIII. *Immortale Dei* vom 1. November 1885 zum Vorbild. Darin hatte er den französischen Katholiken geraten, sich auf den Boden der Tatsachen zu stellen und sich mit der Dritten Republik Frankreichs abzufinden.

Die österreichischen Bischöfe betrachteten die Erklärung des Kaisers vom 11. November 1918 als Thronverzicht, sie waren für die Staatsform von Republik und Demokratie durchaus offen.

«Die Behauptung also, die Kirche gönne den Staaten ihre neue Ordnung nicht, ist unbegründet und leere Verleumdung [...] Da der Kaiser selbst», hieß es weiter in dem Hirtenbrief, «den Völkern Österreichs das Recht der Selbstbestimmung gegeben und die derzeitigen Volksvertreter mit der Neuordnung der staatlichen Verhältnisse betraut hat, so ist die Neuordnung rechtmäßig erfolgt. Über die Art, wie dieser Übergang erfolgt ist, sprechen wir hier kein Urteil aus. Freilich halten wir an der Überzeugung fest, daß auch der neue Staat nur auf dem Boden der zehn Gebote und der Bergpredigt sicheren Bestand gewinnen wird»¹⁹.

Schon wenige Tage nach der Ausreise Kaiser Karls aus Österreich ersuchte Dr. Otto Bauer, der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Nuntius Valfré di Bonzo, die völkerrechtliche Anerkennung der Republik Deutschösterreich beim Heiligen Stuhl zu erwirken. Sie war noch von keiner anderen Macht anerkannt. Der Nuntius reagierte diplomatisch und versprach, die Mitteilung weiterzugeben. Ausführlich berichtete er dem Kardinalstaatssekretär vom Treiben der Kommunisten in Ungarn und von einer intensiven Kampagne, Österreich auf denselben Weg zu bringen. «Es strömte eine Masse von bolschewistischen Agenten aus Ungarn, Rußland und Deutschland herein». Sie konnten ungestört diese Bewegung organisieren. Es fanden Sympathiekundgebungen des österreichischen Proletariats zugunsten der ungarischen Kommunisten statt.

di Bonzo sei ein [natürlicher] Sohn König Viktor Emanuels II. von Italien (Original italienisch); dazu auch PA AA, Bonn, *Päpstlicher Stuhl* 4, Bd.10: Berlin, 31. Dezember 1916, Sektion Politik Berlin des Generalstabes an Auswärtiges Amt Berlin, *Geheim!* und Wien, 16. Jänner 1917, Kaiserliche Deutsche Botschaft in Wien, Graf Botho von Wedel an Reichskanzler Theobald von Bethmann-Hollweg: «... Msgr. Valfré di Bonzo, von dem behauptet wird, daß er ein natürlicher Sohn Viktor Emanuels II. sei, betreibt die Geschäfte der Entente mit naiver Offenherzigkeit».

¹⁸ LORENZ (wie Anm. 10), 549-560, 569-570.

¹⁹ *Wiener Diözesanblatt* 57 (13. 1. 1919), 5; vgl. Anm. 4 oben.

Die Sozialdemokraten
kommunistischen
ihre Hand zu
dustriezentriert
reits entmacht
hielten, währen
matische C
Hilfsmaßnahmen
Missionscheit
Die Berichte
hatten viele
verwandelt.
mußten ihre
nerkloster in
Mikes, wurde
von Ungarn,
schöfliche Pa
liar des Pala
klärt. Der So
Csernoch ab
ten. Sein Sel
äußerte vert
Regime eine
Zustände nic
starken Herr
drückt»²⁰. Un
versammlung
lust Kaiser K
Habsburg-Lo
als auch die
26. März 19
fisziert. «Ma
chen Güter.
choslowakei
hätten, bei d
Im Staat
fiskation der
nem Memoir
dischen Aspe

²⁰ AE, *Austrian*
sparri. Karl Seitz
Erster Präsident
Graf János Mik
1927), 1913 Erz
²¹ Ebd.; We

Die Sozialdemokratische Partei und die Eisenbahner distanzierten sich von den kommunistischen Agitationen und versuchten, die Arbeitermassen wieder in ihre Hand zu bekommen. Überall wurden bereits Räte organisiert, in den Industriezentren von Wiener Neustadt und Stockerau war die zivile Autorität bereits entmachteter. Es regierten die Roten Garden, die mit Budapest Kontakt hielten, während die Regierung diesem Treiben ohnmächtig zusah. Das diplomatische Corps versammelte sich regelmäßig in der Nuntiatur, man beriet Hilfsmaßnahmen für die in Ungarn stationierten Diplomaten. Die meisten Missionschefs planten, Österreich zu verlassen und in die Schweiz zu gehen. Die Berichte des Nuntius über Ungarn waren alarmierend. Die Kommunisten hatten viele Klöster und Konvente besetzt, Kapellen in Kinos oder Tanzsäle verwandelt. Nichtungarische Religiösen wurden ausgewiesen, die ungarischen mußten ihre Kongregationen und Orden verlassen. Der in einem Benediktinerkloster internierte Bischof von Szombathely (Steinamanger), Graf János Mikes, wurde an einen unbekannten Aufenthaltsort verschleppt. Der Primas von Ungarn, Kardinal János Csernoch, und die Seinigen mußten das erzbischöfliche Palais von Gran verlassen. Seine Güter wurden enteignet, das Mobiliar des Palastes inventarisiert und zum Eigentum der Republik Ungarn erklärt. Der Schatz der Kathedrale von Gran war geraubt. Während Kardinal Csernoch absolut in Gran bleiben wollte, mußte man um seine Freiheit fürchten. Sein Sekretär, der in Fußmärschen zum Nuntius nach Wien geeilt war, äußerte vertraulich, der Kardinal sei bereit, abzudanken. «Er hatte im alten Regime eine bedeutende Position eingenommen und kann sich an die neuen Zustände nicht anpassen. Außerdem ist er krank, sein Gemüt ist wegen seines starken Herzleidens, das ihn in den letzten Tagen geplagt hatte, sehr bedrückt»²⁰. Unter diesen Umständen nahm die Deutschösterreichische Nationalversammlung einmütig die Habsburgergesetze an, votierte für den Thronverlust Kaiser Karls, sowie für die Landesverweisung der Mitglieder des Hauses Habsburg-Lothringen und der Familie Bourbon-Parma. Sowohl die Krongüter als auch die habsburgischen Familiengüter, die Fideikomiß waren, wurden am 26. März 1919, zwei Tage nach der Ausreise des Kaisers in die Schweiz, konfisziert. «Man läßt den Mitgliedern des kaiserlichen Hauses nur die persönlichen Güter. Gegen diese Maßnahmen protestierten die Vertreter der Tschechoslowakei und Jugoslawiens, sie sagten, daß auch ihre Nationen das Recht hätten, bei der Teilung der Krongüter mitzusprechen»²¹.

Im Staatssekretariat trafen aus Bern und Wien Nachrichten über die Konfiskation der Güter aus dem habsburgischen Familienfonds zusammen mit einem Memoire der habsburgisch-lothringischen Güterverwaltung über die juristischen Aspekte der Immobilien in Böhmen, Mähren und den Territorien der

²⁰ AE, *Austria* 696, Prot. 89.808, Wien, 3. April 1919, Teodoro Valfré di Bonzo an Pietro Gasparri. Karl Seitz (1869-1950), 1901 sozialdemokratischer Abgeordneter des Reichsrates, 1919-1920 Erster Präsident der Konstituierenden Nationalversammlung und provisorisches Staatsoberhaupt; Graf János Mikes, 1911-1936 Bischof von Szombathely (Steinamanger); János Csernoch (1852-1927), 1913 Erzbischof von Esztergom (Gran) und Fürstprimas von Ungarn, 1914 Kardinal.

²¹ Ebd.; WERKMANN (wie Anm. 1), 47-48.

Slowakei ein²². Wenig erfolgreich wandte sich Kardinalstaatssekretär Gasparri im Auftrag des Papstes Benedikt XV. über Hugh Gaisford, den britischen Geschäftsträger beim Heiligen Stuhl, an König Georg V. von England²³.

Der König hatte durch die Übersendung von Colonel Edward Lisle Strutt Kaiser Karl und seine Familie vor den wildernden Banden um Schloß Eckartsau geschützt und ihre Ausreise in die Schweiz ermöglicht. Kaiser Karl war damit Repressalien wegen seiner Weigerung, abzudanken, vorläufig entzogen worden. Nun waren sie durch die Habsburgergesetze erfolgt.

Soweit jetzt bekannt ist, hatte König Georg V. von England keine weiteren Interessen mehr, Kaiser Karl zu helfen. Auch König Alphons XIII. von Spanien, an den sich Kaiser Karl im März 1919 dringend um eine Entente-truppe gegen die revolutionären Bewegungen in der sich auflösenden Donaumonarchie gewandt hatte, war völlig desinteressiert. Auf dem Umweg über König Georg V. von England war damals dieser Hilferuf an den britischen Regierungschef Lord George N. Curzon, der sich bei den Friedensverhandlungen in Paris aufhielt, weitergeleitet worden²⁴.

Trotz dieser Mißerfolge suchte Kaiser Karl gewissermaßen noch im allerletzten Moment vor dem Abschluß der Friedensverträge, die Auflösung der Donaumonarchie zu verhindern. Er beauftragte am 19. Juni 1919 seinen Schweizer Rechtsanwalt, Dr. Seeholzer, der enge Beziehungen zu französischen Politikern hatte, Ministerpräsident Raymond Poincaré seine Vorstellungen über den Frieden und zur Erhaltung der Donaumonarchie zu übermitteln.

Das Konzept der Donaukonföderation war die Alternative Kaiser Karls gegen den Anschluß Deutschösterreichs an die Deutsche Republik. Er schlug Poincaré vor, die Wirtschaftsgemeinschaft der alten Monarchie bestehen zu lassen, die Volkswehr abzuschaffen, Neuwahlen zu veranlassen und gemeinsame Verhandlungen über die Finanzprobleme zu ermöglichen. Der Kaiser selbst war bereit, mit einem kompetenten Franzosen über diese Fragen zu ver-

²² AE, *Austria* 725, Prot. 92.341, Bern, 12. Juni 1919, Luigi Maglione an Pietro Gasparri; vgl. dazu die Broschüre des Leiters der Verwaltung des Habsburg-Lothringischen Privatvermögens: A. SCHAGER-ECKARTSAU, *Die Konfiskation des Privatvermögens der Familie Habsburg-Lothringen und des Kaisers und Königs Karl*, Innsbruck 1922.

²³ AE, *Austria* 725, Prot. 92.340, Vatikan [o.D.], Pietro Gasparri an Hugh Gaisford (Konzept): «Il est déjà à Votre connaissance que le Saint Siège a pris vivement à coeur le sort des biens privés de sa Majesté l'Empereur Charles Ier et de la Maison de Habsbourg-Lorraine. Le Saint Père nourrit la confiance que le Gouvernement de Sa Majesté Britannique dans ses nobles traditions de générosité, voudra bien intéresser à en assurer la propriété à qui elle revient légitimement». Mit Antwort, Palazzo Borghese Rom, 1. Juni 1919, Hugh Gaisford an Pietro Gasparri. Georg V. (1865-1936), 1910-1936 König von England.

²⁴ BROOK-SHEPHERD (wie Anm. 8), 284-285; George Nathaniel Lord Curzon of Kedleston (1859-1925), Lordpräsident im Koalitionskabinet von Lloyd George, 1919 Außenminister. — Anderer Auffassung war der geheime deutsche Nachrichtendienst: DBA, Koblenz, *Nachlaß Erzberger* 97/41, Stockhammern an Auswärtiges Amt, Berlin, vom April 1919: «... Unser Gewährsmann schreibt, daß die sonderbare Interessennahme der englischen Regierung an Kaiser Karl, dem sie die Übersiedlung in die Schweiz ermöglichte, nicht, wie man in Wien offenbar annimmt, auf dynastische Rücksichten gegenüber der Familie des ehemaligen Kaisers zurückzuführen ist, sondern daß sie vielmehr für Italien eine Warnung sein soll, damit es einsieht, daß England den Herrscher protegiert, der *niemals formell abgedankt hat* und der in einigen Jahren bei einer monarchischen Kombination eines Donau-Bundesstaates vielleicht eine Rolle zu spielen berufen sein wird».

handeln²⁵. N
damals auch
hatte, daß N
Kaiser Karl a
flußreiche Ti
Intervention
sich der Kais
ner Antwort
dieser Bemüh
war das Ansch
in den Friede
Zerteilung de
Teilung Tirol
gresses vom 1

2. POLITISCHE

In der Ze
in Paris und

²⁵ FEIGL, *Ka*
Französischen R
Revertera mit de
konferenz zu übe
len stattfinden, d
zen (Nachfolgeri
das infolge der g
auch die katholi
Serbien nicht seh
tion anzuschließ
sitz der Entente
Sache, wo bisher
aufgebaut werde
Engländer, der e
tionalitäten steh
bezieht sich auf

²⁶ AE, *Austr*
dikt XV. Sigismu
arlberg, 1925 Ap

²⁷ AE, *Austr*
ri; Villa Prangins
Gasparri an Eug
Sardes, 1917-19
Deutsche Reich
1903-1935 katho

²⁸ FEIGL, *Ka*
zur Gegenwart,

²⁹ *Liberté* -
28, 29 et 30 juin
Puteaux, Paris, r
ments Maçonniq
en Espagne: Doc
pire defunt. Hist

das Deutschösterreichische Parlament am 10. September 1919, reflektierte der Wiener Moralthologieprofessor und Abgeordnete der Konstituierenden Nationalversammlung, Ignaz Seipel, über die österreichische Politik vom Umsturz bis zum Friedensvertrag³⁰. Seipels erste Überlegung bezog sich auf Kaiser Karl. Nicht expressis verbis, jedoch sinngemäß, beschuldigte Seipel den Kaiser, die Hauptursache der Revolution gewesen zu sein, die seit den Waffenstillstandsverhandlungen von 1918 die Donaumonarchie erfaßt hatte. «Die Periode des Umsturzes beginnt am 31. Mai 1917», schrieb Seipel³¹. Damals hatte der junge Kaiser in seiner Thronrede versichert, daß er konstitutionell regieren, die staatsgrundgesetzlichen Freiheiten achten «und den Staatsbürgern ihren Anteil an der Bildung des Staatswillens unverkümmert wahren wolle»³². Diese Versicherung sei nur als Erklärung und nicht in der Form des Eides erfolgt, den die Verfassung vorgeschrieben hatte. Von schlechten Theologen beraten³³, die dem Kaiser für die von allen als notwendig erkannte Verfassungsreform freie Hand lassen wollten, habe er Verfassungsbruch begangen. Auf der Grundlage der alten Verfassung, die durch Nationalitätenkämpfe erschüttert und haltlos geworden, in der Revolution zusammengebrochen war, sei die Rückkehr des Kaisers unmöglich. Nachdem der Kaiser die Verfassung gebrochen hätte, «konnte er auch vom Volk nicht erwarten, daß es die Verfassung halte»³⁴.

Während Seipel im Dezember 1918 wenig Hoffnung auf die Erneuerung der alten Monarchie hatte, einer Rückkehr des Kaisers skeptisch gegenüberstand und einbekennte, daß ihm selbst die Staatsform der Monarchie nichts bedeutete³⁵, dürfte er im August 1919 die Rückkehr des Kaisers überlegt haben.

³⁰ F. RENNHOFFER, *Ignaz Seipel Mensch und Staatsmann. Eine biographische Dokumentation*, Wien 1978, Anhang I, 761-770; KARL HÖRMANN, *Moralthologie*, in *Die Katholisch Theologische Fakultät der Universität Wien 1884-1984. Festschrift zum 600-Jahr-Jubiläum*, hrsg. von E. CHR. SUTTNER, Berlin 1984, 200-207, 422-424; zum Vertrag von St.-Germain-en-Laye: BRAUNEDER-LACHMAYER (wie Anm. 4), 194-197.

³¹ RENNHOFFER (wie Anm. 30), 761.

³² Ebd., 762; BRAUNEDER-LACHMAYER (wie Anm. 4), 168.

³³ Seipel dürfte auf den Berater Kaiser Karls, P. Karl Graf Andlau SJ (1865-1935), anspielen. Leider ist es derzeit unmöglich festzustellen, ob sich im Provinzialatsarchiv der Gesellschaft Jesu in Wien 1010, Dr.-Ignaz-Seipel-Platz 1, der Nachlaß von P. Andlau befindet. Seine bedeutende politische Funktion dokumentieren: DBA Koblenz, *Nachlaß Erzberger* 97/34/4, 34/I (Berlin, 2. 3. 1915; Matthias Erzberger an Otto von Mühlberg), 34/IV (Rom, 15. 5. 1915; Matthias Erzberger an P. Andlau); vgl. auch TS 348, 559, 1035, 1101, 2803. Ähnliche negative Bemerkungen wie jene Seipels: *Schicksalsjahre Österreichs 1908-1919. Das politische Tagebuch Josef Redlichs*, bearbeitet von F. FELLNER, II (Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs, 40), Graz 1954, passim. Zu den Ratgebern des Kaisers, TS 3140: «Man machte dem Diener Gottes den Vorwurf, daß er in der Wahl seiner Ratgeber nicht immer glücklich war. Er trachtete zum mindesten, die Besten zu nehmen, war sich aber wohl bewußt, daß unter den schwierigen Verhältnissen ein Ideal als Ratgeber nicht zu finden war ... Er war sich im Klaren [sic!] darüber, daß Fachleute immer mehr in ihren Ressorts wissen wie er: Er suchte daher solche heranzuziehen und ließ sich von ihnen beraten».

³⁴ RENNHOFFER (wie Anm. 30), 763.

³⁵ Ebd., 172-173.

«Es stellt, ge-
berufen
Verfassung
worden
kehren,
vorgekom-
er, bevor

Gewiß se-
fassungsreform
gierung Ernst
Krone in Mit
schem Anseh
Offenheit für
ander gegens
würde jedem
spielt werden
cherheit, die

Seipel, d
nach dem auf
Politik. Es «so
über die ver
einem Einhei

³⁶ Ebd., 763
(wie Anm. 4), 19
übergehend dur
kehrt 1920 wiede
Habsburger vaka
konnte daher Ka
sterreich, 1921 d
chenposition zu l
Druck der Große
dem gescheiterte
siert, die gesam
Nach der Norma
sorische National
Königs», den ein
mals nicht zur D
wähler» die Erkl
«Anteil an den St
merkung 4 oben

³⁷ RENNHOFFER
Vorwurf gemacht
handle. Wenn ihr
Betreffenden einz
nur selbst bestätig

³⁸ RENNHOFFER
³⁹ Ebd., 764

«Es muß daher eine neue Verfassung, welche die Monarchie wieder herstellt, gegeben und auf Grund dieser Verfassung der Kaiser neu zur Herrschaft berufen werden. Anders wäre es, wenn der Kaiser seinerzeit den Eid auf die Verfassung geleistet hätte und diese später vom Volke einseitig durchbrochen worden wäre. Dann könnte er, sobald er die physische Macht dazu hätte, zurückkehren, ohne eine neue Verfassung abzuwarten; dann könnte er die inzwischen vorgekommenen verfassungswidrigen Akte kassieren und dort anknüpfen, wo er, bevor ihn die Revolution verdrängte, aufgehört hat»³⁶.

Gewiß sei Kaiser Karl nicht der Alleinschuldige an der verschleppten Verfassungsreform. Die deutschen Parteien und die schwankende Politik der Regierung Ernst von Seidlers habe jedesmal bei ihren Kursänderungen auch die Krone in Mitleidenschaft gezogen. Dadurch habe der Kaiser sehr an politischem Ansehen verloren. «Seine leichte Empfindlichkeit und ungewöhnliche Offenheit für die ihm eben vorgetragenen Argumente»³⁷ vermittelte den einander gegensätzlich gesinnten Parteien bei den Audienzen den Eindruck, er würde jedem Recht geben, «sodaß ein Kaiserwort gegen das andere ausgespielt werden konnte». Man vermißte auch an ihm «jene Festigkeit und Zielsicherheit, die der Herrscher haben soll»³⁸.

Seipel, der die politischen Konzepte Kaiser Karls nicht kannte, urteilte nach dem äußeren Eindruck: der Kaiser machte statt patriotischer dynastische Politik. Es «schien ihm genug, wenn er und seine Dynastie nur die Herrschaft über die verschiedenen Länder und Völker behaupteten, mochte diese in einem Einheits- oder Bundesstaate organisiert» sein³⁹.

³⁶ Ebd., 763; zur Rechtsgrundlage der ungarischen Restauration vgl. BRAUNEDER-LACHMAYER (wie Anm. 4), 190: «Anders Ungarn: Es betont bewußt die Kontinuität, versteht sich — als vorübergehend durch Siegerdiktat im Vertrag von Trianon — verkleinertes 'Transleithanien' und kehrt 1920 wieder zur Staatsform der Monarchie zurück, bei allerdings durch die Absetzung der Habsburger vakantem Thron. Der Kontinuität sowohl des Staates wie der Staatsform wegen konnte daher Kaiser Karl hier, anders als im neu entstandenen republikanischen Staat Deutschösterreich, 1921 den zweimaligen Versuch unternehmen, eine fortdauernde, jedoch vakante Monarchenposition zu besetzen». — *Dazu ist zu bemerken:* König Karl IV. wurde unter dem politischen Druck der Großen und Kleinen Entende, den Eduard Beneš fortwährend provozierte, erst nach dem gescheiterten zweiten Restaurationsversuch, am 6. November 1921 in Ungarn dethronisiert, die gesamte habsburgische Dynastie von jeder weiteren Thronkandidatur ausgeschlossen. Nach der Normalisierung des politischen Lebens in Ungarn band sich am 1. März 1920 die Provisorische Nationalversammlung an die Konstitution des alten Ungarn. Die Position des «gekrönten Königs», den eine «vis maior» an der Ausübung seiner Regierungsfunktionen hinderte, stand damals nicht zur Disposition, obwohl die Anhänger der Kleinen Landwirte Partei als «freie Königswähler» die Erklärung des Königs vom 13. November 1918, daß er auch in Ungarn auf seinen «Anteil an den Staatsgeschäften» verzichte, als *Thronverzicht betrachteten*. Vgl. dazu unsere Anmerkung 4 oben und KOVÁCS (wie Anm. 83), 417, 424.

³⁷ RENNHORER (wie Anm. 30), 764; TS 3136-3137: «Es wurde dem Diener Gottes oftmals zum Vorwurf gemacht, daß er in Audienzen 'Ja, ja' sagte, wenn man ihm etwas vortrug, dann aber anders handle. Wenn ihm jemand Ideen oder Vorschläge vorbringe, so trachte er sich in die Einstellung des Betreffenden einzuleben, damit er das Vorgebrachte besser würdigen könne ... Er wollte sich damit nur selbst bestätigen, daß er den Gedankengang des anderen vollständig verstanden habe ...».

³⁸ RENNHOFFER (wie Anm. 30), 764.

³⁹ Ebd., 764.

Der schwere Vorwurf, Kaiser Karl habe dynastisches mit patriotischem Interesse verwechselt, ein Verhalten, das er von seinen unmittelbaren Vorgängern geerbt hätte, steigerte sich, als Seipel die «vielen Nachgiebigkeiten gegen die ungarischen Aspirationen» bedachte. Die Konflikte, die daraus entstanden waren, erklärte Seipel,

«daß der Träger der Krone sich zufriedengab, so oder so der Herrscher aller seiner Länder zu bleiben und nicht fühlte, daß doch nicht die Behauptung seines Herrschaftsgebietes das letzte Ziel seiner Politik sein durfte. *Die Zurückstellung des dynastischen hinter das patriotische Interesse in der Anschauungs- und Empfindungswelt des Kaisers ist eine der wesentlichsten Vorbedingungen für die Wiederkehr der Monarchie in Österreich.* Er darf nicht glauben, daß sein bloßes Kaisersein schon das Glück der von ihm Beherrschten ausmacht; es genügt auch nicht, daß er subjektiv seine Pflicht erfüllt, Tag und Nacht auf das Wohl seiner Völker bedacht ist; sondern er muß bestrebt sein, die objektiv richtigen Grenzen für seine Staaten und jene verfassungsmäßigen Formen ausfindig zu machen, innerhalb welcher das Wohl der Völker am sichersten erreicht und die Mission des Staates am glücklichsten erfüllt werden kann. Tritt dabei ein Konflikt zwischen den dynastischen und den patriotischen Interessen ein, dann müssen unbedingt die dynastischen zurücktreten»⁴⁰.

Im folgenden analysierte Seipel die Phasen des Umsturzes. «Der erste Stoß ging von den Tschechen aus», die am 29. September 1918 jede von Wien kommende Verfassungsreform und jedes weitere Verhandeln mit der kaiserlichen Regierung abgelehnt hatten. Ihnen folgten am 4. Oktober 1918 die deutsch-österreichischen Sozialdemokraten, die sich entschlossen, das Selbstbestimmungsrecht der slawischen und romanischen Nationen anzuerkennen und den Vertretern der Tschechen und Südslawen «Verhandlungen über die Bildung einer Föderation freier nationaler Gemeinwesen» anboten. Am 7. Oktober 1918 akzeptierten die Christlichsozialen diese sozialdemokratische Resolution, wobei sie einmütig betonten, «daß sie selbstverständlich an ihrer religiösen und dynastischen Überzeugung unverbrüchlich festhielten».

Erst das kaiserliche Manifest vom 16. Oktober 1918 beschleunigte die Auflösung der Österreichisch-Ungarischen Monarchie⁴¹. Man könne weder dem Kaiser die alleinige Schuld dafür zuschreiben, noch alles Unheil von diesem Manifest ableiten.

«Tatsächlich waren die Fronten schon vorher zermürbt und die Auflösung hatte auch bei den deutschen Bundesgenossen begonnen. In politischer Hinsicht hatten die Tschechen sich bereits am 27. September auf den Boden der vollen Unabhängigkeit gestellt und der Wiener Regierung den Gehorsam gekündigt. Den Todesstreich versetzte am 18., also nur zwei Tage nach dem Manifest, zu einer Zeit, in der dieses sicher noch keinen Einfluß auf seine Entschlüsse haben konnte, Wilson unserer Monarchie, indem er in seiner Antwort auf das Burianische Waffenstillstandsangebot vom 4. Oktober den auf die Autonomie der österreichischen Völker bezüglichen seiner 14 Punkte zurücknahm, den tschechoslowakischen Nationalstaat als eine auf Seiten der Entente kriegführende

⁴⁰ Ebd., 764.

⁴¹ Ebd., 765; zum Einfluß Papst Benedikts XV. auf das Oktobermanifest: TS 2857.

Macht
Freihei
schen
würdig
sen wä
sche N
behaup
kunde
bien zu
unabhä
nifest s
Nu
die deu
sammli
sche N
Diese v
deutete
Lossag
zugeste

Seipel b
tionalversan
blik und die
Außenminis
Andrássy, un
völkerung a
Christlichso
harnte, führ
achtung der
angebotes e
dene Lebens
keit gegen d
Berufung,
noch ein gu
wandel in d
publik vom
Währen
Monarchie l
Kaiser Karl
schen Mon
1918 das B
«die Fesseln
und den Th
kündete («

⁴² Renssen

⁴³ Ebd., 7
1919-1929 Min

⁴⁴ Ebd., 7

Macht und in der weitestgehenden Weise auch die Gerechtigkeit der nationalen Freiheitsbestrebungen der Jugoslawen anerkannte. Nun wußten die österreichischen Nationen, wie sie daran waren. Die Meinung, an der bis dahin und merkwürdigerweise später noch manche festhielten, als ob die Entente geneigt gewesen wäre, Österreich zusammenzuhalten, war widerlegt. Der tschechoslowakische Nationalstaat war anerkannt. Bisher hatten die Tschechoslowaken dies bloß behauptet, jetzt sah man eine von Wilsons Staatssekretär Lansing gefertigte Urkunde vor Augen. Ebenso war die Abtretung der südslawischen Länder an Serbien zur Gewißheit geworden. Daß die polnischen Gebiete Österreichs mit dem unabhängigen polnischen Staat vereinigt werden sollten, hatte der Kaiser im Manifest selbst gesagt. Was blieb da von Österreich noch übrig?...

Nun folgten die Ereignisse Schlag auf Schlag. Am 18. Oktober beschlossen die deutschösterreichischen Abgeordneten (zur!) die Bildung einer Nationalversammlung, wie das Manifest sie voraussah. Am 19. erklärte der czechoslowakische Nationalrat formell die Unabhängigkeit des czechoslowakischen Staates. Diese war nicht mehr im Sinne des kaiserlichen Manifestes gemeint, sondern bedeutete die volle Lossagung von Österreich und den Übertritt zur Entente. Das Lossagungsdokument wurde dementsprechend in Paris veröffentlicht und Wilson zugestellt⁴².

Seipel beschrieb dann die Konstituierung der Deutschösterreichischen Nationalversammlung, die Diskussionen um den Anschluß an die Deutsche Republik und die Fragen der Staatsform. Das Waffenstillstandsangebot des letzten Außenministers der Österreichisch-Ungarischen Monarchie, des Grafen Julius Andrássy, und sein Sonderfriedensangebot hätte die deutschösterreichische Bevölkerung außerordentlich verstimmt. Den Gesinnungswandel innerhalb der Christlichsozialen Partei, deren Großteil auf dem dynastischen Standpunkt beharrte, führte der Vorarlberger Jodok Fink herbei. Traumatisiert von der Verachtung der Deutschen, die sie ihm wegen des österreichischen Sonderfriedensangebotes entgegenbrachten und weshalb sie Österreich die bereits zugestandene Lebensmittelhilfe verweigerten, «trafen ihn so schwer, daß er voll Bitterkeit gegen den Kaiser zurückkehrte und diese nie mehr überwand»⁴³. Mit der Berufung, «daß auch Päpste erklärt haben, man könne Republikaner und dennoch ein guter Katholik sein», konnte Jodok Fink schließlich den Gesinnungswandel in der Christlichsozialen Partei und ihr einheitliches Votum für die Republik vom 11. November 1918 herbeiführen⁴⁴.

Während Seipel zweifellos mit Recht die Tschechen als Totengräber der Monarchie bezeichnete, verband ihn mit jenen die Auffassung von der Schuld Kaiser Karls und der Habsburger am Untergang der Österreichisch-Ungarischen Monarchie. Als die tschechische Nationalversammlung am 16. November 1918 das Band von böhmischer Nation und habsburgischer Dynastie zerriß, «die Fesseln, die sie an das Haus Habsburg-Lothringen ketteten», sprengte und den Thronverlust der Habsburger als Könige von Böhmen feierlich verkündete («... wir weigern uns, das göttliche Recht der Könige anzuerken-

⁴² RENNHOFFER, 766; vgl. Amn 4.

⁴³ Ebd., 769. Jodok Fink (1853-1929), Obmann des Christlichsozialen Angeordnetenklubs, 1919-1929 Mitglied des Nationalrates, 1919-1920 Vizekanzler.

⁴⁴ Ebd., 769.

nen ...»), begründete sie diese Proklamation mit dem unermeßlichen Erbe von Irrtümern und Verbrechen, die die Dynastie belasteten. Sie stelle eine dauernde Bedrohung für den Weltfrieden dar⁴⁵. Die Begründung dieser Dethronisation erscheint uns als Topos politischer Theologie des späten Mittelalters und ihrer Diskussion um Königsabsetzung und Tyrannenmord⁴⁶. Messerscharf, jedoch nicht haßerfüllt wie die tschechischen Politiker, führte Ignaz Seipel den inneren Abfall der deutschösterreichischen Bevölkerung von Kaiser und Dynastie, die Wende der Christlichsozialen Partei vom monarchischen Prinzip zur Staatsform der Republik, auf den Verfassungsbruch Kaiser Karls, auf seine Verwechslung von dynastischer und patriotischer Politik zurück, was die Bindung von Herrscher und Volk aufgelöst hätte. Auch diese Argumentation entsprach den theologisch-politischen Doktrinen des Spätmittelalters.

Anders war die Situation in Ungarn, dessen Republik vom November 1918 sich unter östlichem Druck am 26. März 1919 in eine kommunistische Räterepublik unter der Führung von Bela Kun verwandelt hatte. Der Terror der Bolschewiken rief in Ungarn die Gegenbewegung hervor. Von Legitimisten in Wien und in der Schweiz gestützt, gelang es der gegenrevolutionären Armee unter Vizeadmiral Miklós von Horthy und Oberst Antal Freiherr von Lehár, die bolschewistische Herrschaft zu stürzen und mit Zustimmung der Entente am 2. August 1919 eine Regierung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit im ganzen Lande zu proklamieren⁴⁷.

Erzherzog Joseph der im November 1918 den Eid auf die ungarische Verfassung geleistet hatte, um für den rechtmäßigen Souverän die habsburgische Kontinuität zu sichern, wurde am 6. August 1919 zum Regenten ausgerufen⁴⁸. Noch bevor Erzherzog Joseph dem Ministerpräsidenten der alliierten Friedenskommission in Paris, Eugène Clemenceau, seine Regierung unter der Präsidentschaft von István Friedrich vorstellen konnte, erhob der Tschechoslowakische Außenminister, Eduard Beneš, Protest. Er verweigerte jede Zusammenarbeit der Tschechoslowakischen Republik mit einem Ungarn, in das die Habsburger zurückkehrten. «Joseph von Habsburg», schrieb er, «ist für den

⁴⁵ *Documents Diplomatiques concernant les tentatives de restauration des Habsbourg sur le Trône de Hongrie: Août 1919 - Novembre 1921*, éd. République Tschécoslovaque. Ministère des Affaires Etrangères, Prague 1922, 7-9.

⁴⁶ Zum Problem des «rex inutilis»: E. PETERS, *The Shadow King. Rex inutilis in Medieval Law and Literature, 751-1327*, New Haven - London 1970, 256 (Register); W. ULLMANN, *Principles of Government and Politics in the Middle Ages*, London 1961, 133-134, 183, 267.

⁴⁷ A. LEHÁR, *Erinnerungen. Gegenrevolution und Restaurationsversuche in Ungarn 1918-1921*, hrsg. v. P. BROUCEK, München 1973, 87. Baron Antal Lehár, ungarischer Oberst (1867-1962); Miklós von Horthy (1886-1944), 1920-1944 ungarischer Reichsverweser.

⁴⁸ Ebd., 100. Erzherzog Joseph (1872-1962), 1.-23. August 1919 provisorischer Gouverneur von Ungarn.

⁴⁹ *Documents Diplomatiques* (wie Anm. 45), 9-10. Georges Clemenceau (1841-1929), 1917 zweite Ministerpräsidentschaft; István Friedrich (geb. 1883), 1919 Ungarischer Ministerpräsident; Eduard Beneš (1884-1948), 1918-1935 Tschechischer Außenminister, 1921-1922 Ministerpräsident.

Frieden in Z
und innerpo
mußte Erzhe
1919 demiss

Inzwischen
Bonzo, an de
1919 berich
Friedensdeleg
Karl Seitz na
ehemalige Bo
burg-Hartens
son des Herr
chend vertre
kreditierung
Als Dr. Karl S
Oktober 1919
ten Republik
zu diesem Sc
Obwohl
Neuordnung
deutsche Zei
chie in Öster
bestritt⁵⁴.

Die Deu
Beziehungen
Briands beim
ten im Vatik
für eine Son
hätte er ein
ständigen Ka
großen Büro

⁵⁴ Ebd., 10-
dieses Buches, d
schien: LEXIA (v

⁵⁵ AE, Aust
Gasparri. Zu Pri
schafter beim H
1960, 413-415 (B

⁵⁶ AE, Aust
fré di Bonzo (Ko

⁵⁷ Wien, 24.
Vatikan, 12. Nov
Vatikan. Eine fu
der Museen des

⁵⁸ PA AA, B
Reichsminister d
minister.

Frieden in Zentraleuropa außerordentlich gefährlich und bedroht die außen- und innerpolitische Situation der neuen Staaten Zentraleuropas»⁴⁹. Deshalb mußte Erzherzog Joseph über Weisung der alliierten Mächte am 23. August 1919 demissionieren⁵⁰.

Inzwischen arbeitete der Apostolische Nuntius in Wien, Teodoro Valfré di Bonzo, an der völkerrechtlichen Anerkennung Deutschösterreichs. Am 8. August 1919 berichtete er von der Rückkehr der äußerst deprimierten österreichischen Friedensdelegation aus Paris. Auch übermittelte er den Wunsch der Regierung Dr. Karl Seitz nach der Repräsentanz Deutschösterreichs beim Heiligen Stuhl. Der ehemalige Botschafter der Monarchie beim Heiligen Stuhl, Prinz Johannes Schönbürg-Hartenstein, war als Geheimer Rat durch einen besonderen Eid an die Person des Herrschers gebunden. Man zweifelte in Wien, ob er die Republik entsprechend vertreten könne. Auch begehrte die Republik Deutschösterreich die Neuakkreditierung von Nuntius Valfré di Bonzo⁵¹. In Rom war man zurückhaltend⁵². Als Dr. Karl Seitz, Präsident der Konstituierenden Nationalversammlung, am 24. Oktober 1919 den Heiligen Stuhl offiziell um die Anerkennung der neugegründeten Republik Deutschösterreich ersuchte, entschloß sich Papst Benedikt XV. doch zu diesem Schritt⁵³.

Obwohl sich der Heilige Stuhl an die seit Ende 1918 in Gang gekommene Neuordnung Europas anzupassen schien, meldeten schweizer, italienische und deutsche Zeitungen, daß sich der Papst um die Wiederherstellung der Monarchie in Österreich bemühe, was das *Giornale d'Italia*, das Leibblatt Sonninos, bestritt⁵⁴.

Die *Deutsche Zeitung* vom 1. Juli 1919 berichtete über die veränderten Beziehungen von Staat und Kirche in Frankreich nach dem Besuch Aristide Briands beim Papst, über die Audienz des Amerikanischen Ministerpräsidenten im Vatikan und vom Einfluß Benedikts XV. auf Woodrow Wilson: Er sei für eine Sonderstellung der katholischen Gebiete in Deutschland offen, auch hätte er ein selbständiges Österreich akzeptiert. Die Journalisten hatten den ständigen Kurierverkehr in Schloß Wartegg beobachtet und vom dortigen großen Büro Kaiser Karls gehört. Sie kombinierten «eine habsburgische Rück-

⁵⁰ Ebd., 10-12; über diese Vorgänge auch BOROVICZENY, 36-45. Zur Frage der Urheberschaft dieses Buches, das als Vorabdruck im *Neuen Wiener Tagblatt* im Februar und März 1924 erschien: LEHAR (wie Anm. 47), 246, 273.

⁵¹ AE, *Austria* 668, Prot. 94.986, Wien, 8. August 1919, Teodoro Valfré di Bonzo an Pietro Gasparri. Zu Prinz Johannes Schönbürg-Hartenstein (1864-1937), 1911-1918 österreichischer Botschafter beim Heiligen Stuhl: F. ENGEL-JANOSI, *Österreich und der Vatikan 1846-1918*, II, Graz 1960, 413-415 (Register).

⁵² AE, *Austria* 668, Prot. 94.986, Vatikan, 21. August 1919, Pietro Gasparri an Teodoro Valfré di Bonzo (Konzept).

⁵³ Wien, 24. Oktober 1919, Karl Seitz an Papst Benedikt XV.: AE, *Austria* 696, Prot. 98.525, Vatikan, 12. November 1919, Pietro Gasparri an Karl Seitz (Konzept). Dazu: *Österreich und der Vatikan. Eine fast tausendjährige Geschichte aus Dokumenten des Archivs, der Bibliothek und der Museen des Vatikans. Ausstellungskatalog*, Wien 1986, 134 (Nr. 15.11).

⁵⁴ PA AA, Bonn, *Päpstl. Stuhl* 17, Bd. 3, Lugano, 12. Juni 1919, Otto von Mühlberg an den Reichsminister des Äußeren. Baron Giorgio Sonnino (1847-1924), 1914-1919 Italienischer Außenminister.

versicherung» und behaupteten, Kaiser Karl kenne genau die politischen Pläne des Vatikans⁵⁵.

Ähnliche Nachrichten wurden auch dem tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Thomas Masaryk aus Paris zugetragen. «Eine contra-revolutionäre Bewegung geht über den Kontinent. Am deutlichsten wird sie in Ungarn. Die Fäden reichen wohl zum Vatikan hin. Ich glaube, Anzeichen dafür zu haben, daß diese klerikale Politik in ganz Europa einheitlich geführt wird. Der Zusammenhang mit dem Vatikan ist fast zweifellos», äußerte er sich bei einer Audienz am 30. September 1919⁵⁶.

Gegenüber dem deutschen Geschäftsträger in Prag, Saenger, wurde Masaryk deutlicher. Als Informanten gab er einen vatikanischen Emissär an, dem ein ihm befreundeter, unkirchlicher Amerikaner im Juli 1919 in Paris begegnet war. Masaryk wußte von Tendenzen zur Abgrenzung eines katholischen Deutschland vom protestantischen Norden, von Bemühungen, Bayern mit Österreich und Ungarn staatsrechtlich zu verbinden und diese Staaten- und Völkergruppe in Beziehung zum katholischen Polen zu bringen. Der Heilige Stuhl habe sich von den mitteleuropäischen Zentralstaaten, speziell von Deutschland distanziert und sich nach Kriegsende der Entente zugewandt. Die Frage der Staatsformen würde dem obersten Grundsatz von der Einheit der katholischen Kirche und der katholischen Christenheit untergeordnet.

Der Krieg hätte in Frankreich eine katholische Strömung hervorgerufen, altfranzösische Ideale seien wiedererstanden. «In dem französischen Offizierskorps ist katholische Stimmung und Gesinnung wieder heimisch geworden: Foch ist bewußter Katholik und sein Bruder ist es noch mehr. Es ist die Weisung gegeben, sich ihnen zu nähern und sich ihrer für die weitere Belebung der katholischen Gesinnung in Frankreich und zur Unterdrückung des 'Freimaurertums' zu bedienen»⁵⁷.

Seitens des Vatikans sollte der Föderalismus der einzelnen durch und durch katholischen Länder Österreichs gefördert, Wien isoliert werden. Man wolle mit Hilfe des Klerus und der Christlichsozialen Partei in Wien «die demokratisch-sozialistische Fassade» entfernen die Stadt von Prag als Zentrum des demokratischen und ungläubigen Hussitismus isolieren und zu einer Annäherung an Budapest bringen. Der vom vatikanischen Emissär für Ende Juli 1919 vorausgesagte Zusammenbruch der Herrschaft Bela Kuns sei tatsächlich

⁵⁵ *Deutsche Zeitung* vom 1. Juli 1919 (No. 299) Abendausgabe. Aristide Briand (1862-1932), 1909-1921 wiederholt Französischer Ministerpräsident; Woodrow Wilson (1856-1924), 1913 Präsident der USA, 1919 Friedensnobelpreis.

⁵⁶ PA AA, Bonn, *Päpstlicher Stuhl* 17, Bd. 3, Prag, 14. November 1919: Audienz von Professor Julius Wolff beim Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik am 30. September 1919 (Abschrift Berlin, 18. November 1919); Thomas Masaryk (1850-1937), Staatspräsident der Tschechoslowakischen Republik 1917, 1918, 1920, 1927 und 1934. Über Ideen, propagandistische Tätigkeit, den Kampf Masaryks gegen die Österreichisch-Ungarische Monarchie und das Papsttum innerhalb Europas: AE, *Austria* 654, Prot. 88.773, Washington, 12. März 1919, der Apostolische Delegat in den USA, Erzbischof Giovanni Bonzano an Pietro Gasparri. Giovanni Bonzano, Titularerzbischof von Melitene, Apostolischer Delegat bei den USA und Geschäftsträger der Apostolischen Delegation von Mexiko 1915-1921.

eingetreten,
saryk wollte
Budapest» z
aufrichten, s
tionallebens
Wien: «... nu
Sphäre (et
ohnmächtig
tschechoslov
stimmten. M
sche Weltpo
nen Staates
wegung, mi
dazu rechne
bericht beig
vom 28. Dez
attakiierte di
Heiligen Stu

«...
getan h
Royalis
tischen
ein 'Ka
trauens
nenten
nen sic
abgetal
neu auf

Die Anh

«se
facto w
gekrönt
sem Wi
aufrust
Absicht
len geg
[gemein
läßt in

⁵⁷ PA AA, I
schäftsträger im
(1862-1923), C
Foch, französ

⁵⁸ PA AA, I
Amt in Berlin.
terregierung (Vo
⁵⁹ Ebd.

eingetreten, eine Union von Katholiken und Calvinisten in Ungarn erfolgt. Masaryk wollte Österreich wirtschaftlich stützen, um Wien «dem Bannkreise von Budapest» zu entziehen. Die Kirche werde die gedemütigten Magyaren wieder aufrichten, sie zu neuem Selbstbewußtsein führen und das Erwachen ihres Nationallebens bewirken. Masaryk befürchtete Rückwirkungen von Budapest auf Wien: «... nun bemüht sich die Prager Politik, den Versuch, die Pester Einfluß-Sphäre (etwa mit englischer Hilfe) neu zu beleben, gleich in den Anfängen ohnmächtig zu machen»⁵⁷. Saenger betonte, daß die Ansichten Masaryks die tschechoslowakische Regierungspolitik und die Instruktionen von Beneš bestimmten. Masaryk hielt es — so Saenger — für seine Aufgabe, «die katholische Weltpolitik als eine den natürlichen Entwicklungstendenzen des modernen Staates und der modernen Gesellschaft entgegengesetzte reaktionäre Bewegung, mit allen Mitteln zu bekämpfen, die ihm zu Gebote ständen; und dazu rechnete er den Kampf mit und in der Presse»⁵⁹. Der diesem Gesandtenbericht beigelegte Artikel «Katholische Weltpolitik» aus dem *Prager Tagblatt* vom 28. Dezember 1919 stammte aus der Presseabteilung des Präsidenten; er attackierte die reaktionäre Politik des Vatikans und hob die Hinwendung des Heiligen Stuhles zu Frankreich hervor:

«... in Österreich drängen sich Persönlichkeiten, die man schon längst für abgetan hielt, in den politischen Vordergrund, in Bayern hat sich eine katholische Royalistenpartei aufgetan und die Exilschlösser am Genfersee werden von jesuitischen Abgesandten und Vertrauensmännern überlaufen. Ganz offiziell besteht ein 'Katholischer Weltbund'. Kardinal Amette ist sein Präsident. Und die Vertrauensleute dieser Organisation stecken in allen Ländern ..., alle sind die Exponenten jener Kraft, die in dem katholischen Weltbund vereinigt liegt. Dabei spinnen sich Fäden zu den Gesinnungsgenossen der letzten Vergangenheit, zu den abgetakelten Königen und Fürsten, die in der klerikalen Reaktion ihre Wünsche neu aufleben sehen!»

Die Anhänger Kaiser Karls, die «Karlisten», setzten ihre Hoffnung auf ein

«seltsam konstruiertes Legitimitätsprinzip und sagen, Kaiser Karl habe de facto von seinem Throne nicht abgedankt und sei infolgedessen noch immer der gekrönte König Ungarns und der berufene Herrscher über Österreich ... Von diesem Wunsche der Karlisten, in Mitteleuropa einen katholischen Herrscherthron aufzustellen führt ein direkter Weg zu dem 'Katholischen Weltbund', in dessen Absichten diese Idee vorzüglich paßt. Genau so, wie er die italienischen Klerikalen gegen das Herrscherhaus Viktor Emanuels und die französischen Katholiken [gemeint waren die Anhänger der *Action française*] gegen die Republik arbeiten läßt. In diese Länder wird der Funke kolportiert, er soll die Welt noch einmal in

⁵⁷ PA AA, Bonn, *Päpstl. Stuhl* 17, Bd. 3, Prag, 3. Dezember 1919, Saenger, Deutscher Geschäftsträger in Prag an Auswärtiges Amt in Berlin. Zu Maurice Barrès, französischer Schriftsteller (1862-1923), Charles Maurras, französischer Politiker und Schriftsteller (1868-1952), Ferdinand Foch, französischer Marschall (1851-1925): FEIGL, *Kaiser Karl*, 231-241, 247.

⁵⁸ PA AA, Bonn, *Päpstl. Stuhl* 17, Bd. 3, Prag, 15. Dezember 1919, Saenger an Auswärtiges Amt in Berlin. Béla Kun (1885-1937), 1919 Ausrufung der Diktatur des Proletariats, Kopf der Räteregierung (Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten).

⁵⁹ Ebd.

Brand setzen und aus der Asche, aus den Trümmerhaufen hofft man, Monarchien erstehen zu sehen, die konservativer denken als die freisinnige Demokratie, die vor Jahresfrist in Europa zu regieren begann»⁶⁰.

Tatsächlich war Präsident Masaryk ausgezeichnet informiert und ordnete die einzelnen Mitteilungen seines Informanten in das System seines Kampfes gegen die zentraleuropäischen Monarchien und gegen den Heiligen Stuhl. Er bezeichnete die Pläne Kaiser Karls, mit Hilfe der Donaukonföderation die Österreichisch-Ungarische Monarchie wiederherzustellen, als reaktionäre Bewegung und schürte gegen die Versuche des Habsburgers, den Anschluß Deutschösterreichs an das Deutsche Reich zu verhindern, pangermanistische Tendenzen⁶¹. Thomas Masaryk erhob über Beneš Einspruch gegen die Regentschaft von Erzherzog Joseph in Ungarn⁶², er setzte den Heiligen Stuhl unter Druck, eine Prager Nuntiatur zu errichten. Mit den neuen kirchlichen Territorialgrenzen wollte er die Grenzen der Tschechoslowakischen Republik festigen und ungarische Kirchengüter übernehmen. Es gelang ihm, mit Hilfe des republikanisch orientierten Wiener Nuntius, Valfré di Bonzo, im Oktober 1919 den Uditore der Wiener Nuntiatur, Monsignore Clemente Micara, als Apostolischen Delegaten nach Prag zu bekommen. Schon am 15. Mai 1920 wurde der «Geschäftsträger des Heiligen Stuhles beim tschechoslowakischen Episkopat für Religionsangelegenheiten» zum Apostolischen Nuntius der Tschechoslowakei ernannt⁶³. Der Historiker an der tschechischen Universität von Prag, Camillus von Krofta, erhielt sein Beglaubigungsschreiben als Gesandter beim Heiligen Stuhl am 2. März 1920⁶⁴. Vorher hatte der Papst Kaiser Karl und Kaiserin Zita aufgefordert, auf ihre Patronatsrechte in Böhmen zu renunzieren⁶⁵.

⁶⁰ PA AA, Bonn, *Päpstl. Stuhl* 17, Bd. 3, Prag, 30. Dezember 1919, Saenger an Auswärtiges Amt in Berlin mit Beilage: *Prager Tagblatt*, 28. Dezember 1919. Léon-Adolphe Amette (1850-1920), 1908 Erzbischof von Paris, 1911 Kardinal; Viktor Emanuel II. (1820-1878), 1861-1878 König von Italien; Vgl. Anm. 57 oben.

⁶¹ Vgl. die Anm. 56-60 oben.

⁶² *Documents Diplomatiques* (wie Anm. 45), 9-10.

⁶³ AE, *Austria* 654, Prot. 97.549, Wien, 21. Oktober 1919, Teodoro Valfré di Bonzo an Pietro Gasparri (Cifra 453); G. DE MARCHI, *Le Nunziature Apostoliche dal 1800 al 1956* (Sussidi Eruditi, 13), Roma 1957, 83. Clemente Micara (geb. 1879), Uditore des Wiener Apostolischen Nuntius Valfré di Bonzo, Titularerzbischof von Apamea, ab 1920 Apostolischer Nuntius in Prag.

⁶⁴ AE, *Austria* 654, Prot. 2990, Prag, 29. Jänner 1920, Clemente Micara an Pietro Gasparri; Vatikan, 14. April 1920, Pietro Gasparri an Dr. Eduard Beneš (Konzept).

⁶⁵ AE, *Austria* 751, Prot. 1023, Bern, 5. Jänner 1920, Luigi Maglione an Pietro Gasparri; Prot. 2436, Bern, 27. Jänner 1920, Luigi Maglione an Pietro Gasparri mit Beilage: Villa Prangins, 25. Jänner 1920, Kaiser Karl an Papst Benedikt XV. (Original); Prot. 3436, Vatikan, 23. Februar 1920, Papst Benedikt XV. an Kaiser Karl (Konzept) mit Begleitschreiben, Vatikan, 14. Februar 1920, Pietro Gasparri an Luigi Maglione (Konzept); Prot. 7665, Bern, 18. Juni 1920, Kaiserin Zita widerruft ihre Patronatsrechte als Königin von Böhmen (Original). ÖStA, NPA 87, fol. 19r, 20r, Rom, 10. Februar 1921, Frh. v. Pastor an Auswärtiges Amt: Die Tschechoslowakische Regierung beansprucht vom Heiligen Stuhl die Übertragung der kaiserlichen Nominationsrechte für die Bischofsbesetzungen, was der Kardinalstaatssekretär strickte ablehnte.

Parallel
ein Promem
Restauration
dium erkenn
der ehemalig
neuen Staat
wakei an U
cher anzuneh
choslowakis
stand, der d
ganz vernich
hungernde B
plomatischer
nen erhielt,
Stuhl wegen
doch nach K

3. UNGARISCH

In Ung
Erneuerungs
sich vergeblic
klös von Hor
Macht. In de
Monarchie u
non hin- und

Auf eine
ber 1919 sei
die Thronre
Hinblick au
um die Nach
densvertrag
Thronkandid
weise auch
nought, zur

* AE, Austria
beigefügtem un

* FS 2180-

* FS 2181.

* AE, Austria
(Konzept).

* J. Graczer
nak jugoslawis
tholischen Bisch
August 1919).

Parallel zu diesen Vorgängen verfaßte Kaiser Karl im Dezember 1919 ein Promemoria für Papst Benedikt XV⁶⁶, dessen deutsches Konzept die Restaurationspläne des Herrschers in einem bereits fortgeschrittenen Stadium erkennen läßt⁶⁷. Nach einer klaren Analyse der Lage in den Ländern der ehemaligen Österreichisch-Ungarischen Monarchie sah Kaiser Karl den neuen Staat Tschechoslowakei durch die Rückbindungstendenzen der Slowakei an Ungarn nicht lebensfähig. «Als Resultat dieser Umstände ist als sicher anzunehmen, daß die jenseits der Karpaten liegenden Teile der Tschechoslowakischen Republik sich von derselben trennen werden, ein Umstand, der den jungen Staat zumindest schwer erschüttern, vielleicht ganz vernichten kann»⁶⁸. Der Kaiser ersuchte den Papst um Hilfe für die hungernde Bevölkerung Deutschösterreichs und um die Vermittlung von diplomatischen Kontakten zu England, das fortwährend falsche Informationen erhielt, die der Kaiser korrigieren wollte. Eine Bitte, die der Heilige Stuhl wegen seiner delikaten Position nicht zu erfüllen wagte. Er half jedoch nach Kräften karitativ⁶⁹.

3. UNGARISCHE MÖGLICHKEITEN UND ZWÄNGE

In Ungarn hatte die bolschewistische Rätediktatur einen inneren Erneuerungsprozeß hervorgerufen und der ungarische Episkopat bemühte sich vergeblich, die Regentschaft Erzherzog Josephs zu stützen⁷⁰. Nun war Miklós von Horthy nach Abzug der rumänischen Truppen aus Budapest an der Macht. In dem Staat, der keiner war und der zwischen dem Alt-Ungarn der Monarchie und dem Neu-Ungarn des kommenden Friedensvertrages von Trianon hin- und herschwankte.

Auf eine Anfrage kroatischer Militärführer hatte Horthy am 9. November 1919 seine absolute Loyalität zu Kaiser Karl bestätigt und versichert, die Thronrechte des gekrönten Königs zu erhalten und zu vertreten. Im Hinblick auf die komplizierte politische Situation fügte er hinzu, er würde, um die Nachbarländer zu täuschen und die Ententemächte für den Friedensvertrag wohlwollender zu stimmen, nur rein äußerlich verschiedene Thronkandidaten, wie die Erzherzöge Joseph und Albrecht, und möglicherweise auch einen englischen Prinzen, z.B. den Herzog Arthur von Connaught, zur Diskussion stellen.

⁶⁶ AE, *Austria 670*, Prot. 68, Bern, 2. Dezember 1919, Luigi Maglione an Pietro Gasparri mit beigelegtem unsigned Promemoria Kaiser Karls.

⁶⁷ TS 2180-2182, Bern, 2. Dezember 1919.

⁶⁸ TS 2181.

⁶⁹ AE, *Austria 670*, Prot. 68, Vatikan, 25. Dezember 1919, Pietro Gasparri an Luigi Maglione (Konzept).

⁷⁰ J. GERGELY, *A Püspöki Kar Tanácskozásai. A magyar katolikus püspökök konferenciáinak jegyzőkönyveiből, 1919-1944* [Die Beratungen des Episkopats. Aus den Protokollen der katholischen Bischofskonferenzen Ungarns], Budapest 1984, 73, 74 (Konferenzprotokoll vom 22. August 1919).

«Sobald aber der Friede wohl oder übel unterschrieben sei, müsse das zweideutige Spiel aufhören, und es sei selbstverständlich, daß dann der gekrönte König auf den Thron zurückkehren werde, den er ja ununterbrochen innehatte, denn die Revolution könne nichts am Rechtszustand des Staates ändern. Er, der treueste Soldat Seiner Majestät, der ununterbrochen den Rock des Kaisers weitertrage — so sagte er, auf seine Uniform deutend —, sei an der Spitze der neu aufgestellten ungarischen Armee der Beweis dafür, daß niemand von den Prätendenten den ungarischen Thron erlangen, und daß Seine Majestät König Karl nach dem Abschlusse des Friedensvertrages auf den Thron zurückberufen werde. Horthy ermächtigte mich [Aladár von Boroviczény] offiziell, diesen seinen Standpunkt den Kroaten mitzuteilen und sie zu bitten, das feste Vertrauen in die Loyalität Horthys nicht zu verlieren, selbst dann nicht, wenn er in der nächsten Zeit mit diesem oder jenem Prätendenten liebäugeln würde. Er sei und bleibe fest in seiner unerschütterlichen Treue zum gekrönten Kaiser und König»⁷¹.

Horthy erwartete sich von dieser Taktik die innere Konsolidierung Ungarns, vornehmlich die Überbrückung der Kluft zwischen den Legitimisten (Christlich-Nationalen), die für König Karl standen, und den Kleinen Landwirten, die die freie Königswahl proklamierten⁷².

Im Dezember 1919 hatte Präsident Masaryk dem deutschen Geschäftsträger Saenger von der Hinwendung des katholischen Frankreich zum Heiligen Stuhl gesprochen, was die Niederlage der französischen Freimaurerpolitik herbeiführen sollte⁷³. Offizielle Verbindungen zwischen dem Vatikan und Paris bestanden seit 1915; nach dem Sturz Clemenceaus stellte im Jänner 1920 Aristide Briand die diplomatischen Beziehungen zwischen der Republik Frankreich und dem Heiligen Stuhl wieder her⁷⁴. Diesem Kurs entsprach die Wahl von Paul Deschanel zum Präsidenten der Französischen Republik, den Graf Nikolaus Revertera, der Vertraute Kaiser Karls, als geradezu «austrophil» bezeichnete.

«Wenn ich also auch nicht mehr viel auf das entnervte Frankreich baue, von dem kaum mehr eine Kraftäußerung zu erwarten ist, so berührt es immerhin angenehm, einen Freund statt eines Feindes an maßgebender Stelle zu wissen. Orientieren müssen wir uns trotzdem gegen England zu, denn nur von dort kann tatkräftige Hilfe kommen. Amerika scheint sich leider von selbst auszuschalten»⁷⁵.

⁷¹ BOROVICZÉNYI, 47; M. ÁDAM, *Les deux coups d'Etat de l'ex-roi Charles et la Petite Entente*: Acta Historica Academiae Scientiarum Hungaricae 31 (Budapest 1985) 1-2, 41; HEISE (wie Anm. 73), 263.

⁷² I. DÉVÉNYI, *Csernoch Janos Tevékenysége az ellenforradalmi rendszer első éveiben* [Die Aktivitäten von János Csernoch in den ersten Jahren des gegenrevolutionären Systems]: Századok 11 (1977) 58.

⁷³ Vgl. Anm. 58 und 59 oben. Zur Mitgliedschaft von Masaryk und Beneš bei der Maçonnerie: K. HEISE, *Entente, Freimaurerei und Weltkrieg. Ein Beitrag zur Geschichte des Weltkrieges und zum Verständnis der wahren Freimaurerei* (Faksimile-Ausgabe der 1920 erschienenen 3. Auflage des Werkes), Wobbenbüll 1982, 395, 400 (Register); TH. MASARYK, *Die Weltrevolution. Erinnerungen und Betrachtungen 1914-1918*, Berlin 1925; FELTŐ (wie Anm. 29), 355-365.

⁷⁴ FEIGL, *Kaiser Karl*, 283-286.

⁷⁵ Nikolaus Graf Revertera an Friedrich von Wiesner, Fribourg, 21. Jänner 1920, TS 2167; Friedrich Ritter von Wiesner (geb. 1871), ab 1919 Führer der legitimistischen Bewegung in Österreich; Paul Deschanel (1856-1922), 1920 Präsident der Französischen Republik.

Während
weilten, bega
Wunsch der
durchgeführt
sammlung he
Am 24. Nove
rung gebilde
Bei diesen W
die Parteien d
eine kleine b
gewählt. Aus
Koalitionsreg
sche Außenm
das Aufkomm
konnte die a
sich fest, die
ten, wobei si
wollten. Sie
der Friedenss
tolerieren kö
Österreichs u

Die Ung
den politisch
schlossen hat
herzustellen
stanz des au
sich an die
Gegenzeichn
März 1920 w
feierlich, Ung
zu sein, die
ten, seine U
mung mit Ve
Ehre des Lan
schütterliche
Ungarn zurü
Mit seine
ungarischen

⁷⁶ BOROVICZÉNYI

⁷⁷ Document

⁷⁸ PD 1, 93

Academiae Scien

⁷⁹ PD 1, 94

⁸⁰ FEIGL, K

⁸¹ GERGELY

Während die ungarischen Delegierten zu den Friedensgesprächen in Paris weilten, begann sich das politische Leben in Budapest zu konsolidieren. Auf Wunsch der Pariser Friedenskonferenz waren in Ungarn allgemeine Wahlen durchgeführt worden. Jene Regierung, die aus der zu wählenden Nationalversammlung hervorgehen sollte, hatte den Friedensvertrag zu unterschreiben. Am 24. November 1919 war unter dem Vorsitz von Karl Huszár eine Regierung gebildet worden, die die Wahlen zur Nationalversammlung vorbereitete. Bei diesen Wahlen, die vom 21. bis 26. Jänner 1920 stattfanden, dominierten die Parteien der Christlich-Nationalen und der Kleinen Landwirte. Auch wurde eine kleine bürgerliche, linksradikale Gruppe, jedoch kein einziger Sozialist, gewählt. Aus Vertretern der beiden konservativen Parteien entstand eine Koalitionsregierung⁷⁶. Bereits kurz danach intervenierte der Tschechoslowakische Außenminister, Eduard Beneš, in Paris. Von Prag aus beobachtete man das Aufkommen einer prohabsburgischen Strömung in Ungarn, und Beneš konnte die alliierten Botschafter zu einer Erklärung veranlassen. Sie legten sich fest, die Rückkehr von Habsburgern auf den ungarischen Thron zu verbieten, wobei sie sich nicht in die inneren Angelegenheiten Ungarns einmischen wollten. Sie erklärten, daß eine habsburgische Restauration den Grundlagen der Friedensschlüsse widerspreche, weshalb man sie weder anerkennen noch tolerieren könnte. Die Vertreter Serbiens, Kroatiens, Slawoniens, Rumäniens, Österreichs und der Tschechoslowakei schlossen sich dieser Resolution an⁷⁷.

Die Ungarische Nationalversammlung versuchte, eine Balance zwischen den politischen Forderungen der Entente, denen sich ihre Nachbarn angeschlossen hatten, und ihrem eigenen politischen Willen und Selbstverständnis herzustellen⁷⁸. Sie betrachtete sich einerseits als höchste gesetzgeberische Instanz des aus dem Chaos erstandenen Neu-Ungarn. Andererseits band sie sich an die Konstitution des alten Ungarn, sodaß ohne Zustimmung und Gegenzeichnung des Königs keine Gesetze erlassen werden konnten. Am 1. März 1920 wurde Miklós von Horthy zum Regenten gewählt. Er beschwor feierlich, Ungarn und nicht ausdrücklich sondern nur implizit dem König treu zu sein, die Gesetze, Rechte und bewährten Sitten des Landes zu beobachten, seine Unabhängigkeit zu schützen und seine Pflichten in Übereinstimmung mit Verfassung und Nationalversammlung, mit Recht und Gesetz zur Ehre des Landes zu erfüllen⁷⁹. Vorher hatte Horthy den König seiner unerschütterlichen Treue versichert und ihm geraten, noch nicht in das Königreich Ungarn zurückzukehren⁸⁰.

Mit seiner offiziellen Ernennung zum Reichsverweser und seitdem ihn die ungarischen Bischöfe akzeptiert hatten⁸¹, dürfte der Wandlungsprozeß vom

⁷⁶ BOROVICZÉNYI, 61-62.

⁷⁷ *Documents Diplomatiques* (wie Anm. 45), 15-17.

⁷⁸ PD 1, 935-940; F. PÖLÖSKEI, *Hungary after two revolutions (1919-1922)* (Studia Historica Academiae Scientiarum Hungaricae, 132), Budapest 1980, 81-86, 58-61.

⁷⁹ PD 1, 940; PÖLÖSKEI (wie Anm. 78), 69, 75-76, 77-78.

⁸⁰ FEIGL, *Kaiser Karl*, 280-281.

⁸¹ GERGELY (wie Anm. 70), 77: Protokoll vom 17. März 1920.

königstreuen zum königsuntreuen Reichsverweser in der Person Horthys eingesetzt zu haben. Engstens umgeben von einer Gruppe junger Nationalungarn, hinter denen József Gömbös, der Initiator der ungarischen Landesschutzvereinigung (MOVE) stand, wurde er zum Medium ihrer Politik.

«Ungarn wird in den nächsten Tagen den ihm aufgezwungenen Friedensvertrag unterschreiben müssen», wandte sich Kaiser Karl am 25. Mai 1920 an Horthy.

«Mit der ganzen Wärme Meines Herzens hoffe Ich, daß nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages es möglich sein wird, alle Kräfte zur Erlangung einer besseren Zukunft zu vereinen.

Als gesetz- und verfassungsmäßig gekrönter und gesalbter König von Ungarn, der keinem Seiner Rechte entsagte und demzufolge auch all Seiner Pflichten Sich bewußt ist, will Ich an der Arbeit der Wiedervereinigung und des Wiederaufbaues des Landes Anteil nehmen. Es ist nicht zu erwarten, daß seitens der Westmächte, von welchen der offizielle Vertreter Frankreichs bereits erklärte, daß Meine Restauration unterstützt wird, für den Fall Schwierigkeiten erhoben werden, wenn Ich Meine königliche Gewalt in Ungarn wieder ausübe.

Im Interesse der territorialen Wiedervereinigung und der Konsolidierung des Landes will Ich die Ausübung der königlichen Gewalt unter allen Umständen noch im Laufe dieses Jahres ergreifen, und Ich ersuche Euch, mit weiser Einsicht den Augenblick zu bezeichnen, welcher der günstigste für Meine Wiederkehr auf Meinen Thron sein wird. Ich werde durch Meine Wiederkehr alle jene an Meine Seite rufen, die als die ungarische Nation die Krone des heiligen Stephans Mir aufs Haupt gesetzt haben. Ich ersuche Euch, daß Ihr mit Eurer bisherigen Treue und Hingebung Meine Rückkehr vorbereitet und Euch hierbei auf alle jene stützt, die gleich Eurem Beispiele niemals in ihrer Treue zu dem gekrönten König irre wurden»⁸².

In der Zwischenzeit waren die ungarischen Bischöfe, die die altungarische Diözesanstruktur bewahren wollten, in die Ambivalenzen der vatikanischen Politik geraten. Der Wiener Nuntius Valfré di Bonzo plante, noch vor Abschluß des Friedensvertrages von Trianon, die westungarischen Teile der Diözesen Győr (Raab) und Szombathely (Steinamanger) unter einen deutschsprachigen Apostolischen Delegaten zu stellen und die gesamte Slowakei der Jurisdiktion des Bischofs von Kaschau zuzuordnen. Deshalb bemühte sich der ungarische Episkopat, der sich direkt an den Papst wandte, gemeinsam mit der ungarischen Regierung um die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit dem Heiligen Stuhl. Am 10. August 1920 wurde eine ungarische Nuntiatur errichtet, der Legitimist Joseph Somssich de Saárd zum ungarischen Geschäftsträger beim Heiligen Stuhl und Lorenzo Schioppa, der seit den Tagen des Weltkrieges von der Münchner Nuntiatur den indirekten Kontakt Kaiser Karls mit dem Papst kannte und beförderte, zum Apostolischen Nuntius in Budapest ernannt⁸³.

⁸² BOROVICZENY, 65-67, 73-78, 79 (Konzept); in verändertem Wortlaut bei FEIGL, *Kaiser Karl*, 281-282; József Gömbös (1886-1936), 1932 Ungarischer Ministerpräsident.

⁸³ E. KOVÁCS, *Krönung und Dethronisation Karls IV., des letzten Königs von Ungarn*, in *Servitium Pietatis. Festschrift Hans Hermann Kardinal Groër zum 70. Geburtstag*, hrsg.v. A. CORETH und I. FUX, Maria Roggendorf 1989, 417-418.

Nach A
kreten Vorb
Ungarn ein.
men mit der
von Borovic
König versch
auf den ung
beseitigte de
garischen M
selbständige
ungarisches
gen Österrei

In den
tionssekretär
Papst Bened
mierten deut
und Wien, d
tion unter h
sen wollten
bayern schaf
garn und die
ge von kurz
nach Ansicht
und Ungarn
deutsche Ger

Man sch
in denen der
de⁹⁰. Schließ
Erzherzog Jo
Thronanwär
schen Staaten
die Chancen

⁸⁴ BOROVICZENY

⁸⁵ TS 1921-

⁸⁶ PA AA, B

Amt, Berlin.

⁸⁷ Ebd.

⁸⁸ PA AA, B

sulat für Ungarn

⁸⁹ Ebd.

⁹⁰ PA AA, B

1920, Graf Egon
Bericht über den
ständnis Horth
berg-Stammheim

⁹¹ PA AA, B
sulat an Auswärt

Nach Abschluß des Vertrages von Trianon (4. Juni 1920) setzten die konkreten Vorbereitungen für die Restauration der habsburgischen Herrschaft in Ungarn ein. Vor Antritt seiner Stelle in Rom besuchte Graf Somssich zusammen mit dem ihm zugeteilten Legationssekretär beim Heiligen Stuhl, Aladár von Boroviczény, Kaiser Karl in Prangins. Die beiden Diplomaten legten dem König verschiedene Entwürfe für Erklärungen vor, um ihm seine Rückkehr auf den ungarischen Thron zu erleichtern. Der Friedensvertrag von Trianon beseitigte den Gesetzesartikel XII von 1867 (Erklärung der Österreichisch-Ungarischen Monarchie) und die Pragmatische Sanktion. Der König sollte zum selbständigen ungarischen Königreich Stellung nehmen und versprechen, kein ungarisches Gut und Blut für die Rückeroberung anderer Länder der ehemaligen Österreichisch-Ungarischen Monarchie zu opfern⁸⁴.

In den folgenden Monaten übermittelte der absolut treu ergebene Legationssekretär von Boroviczény Kaiser Karl auch geheime Nachrichten, die Papst Benedikt XV. nach der Villa Prangins sandte⁸⁵. Die ausgezeichnet informierten deutschen Geschäftsträger berichteten übereinstimmend aus Budapest und Wien, daß England und Frankreich der Errichtung einer Donaukonföderation unter habsburgischem Szepter positiv gegenüberstünden⁸⁶. Die Franzosen wollten zu den westlichen Alpenländern auch ein unabhängiges Großbayern schaffen⁸⁷. Für sie wäre die Rückkehr des gekrönten Königs nach Ungarn und die Wiedererrichtung des Kaisertums Österreich nur mehr eine Frage von kurzer Zeit⁸⁸. «Die Person des Königs Karl und seiner Gattin bilden nach Ansicht der Franzosen eine sichere Garantie dafür, daß sich Österreich und Ungarn nicht wieder an Deutschland anschließen werden», berichtete das deutsche Generalkonsulat in Budapest an das Auswärtige Amt in Berlin⁸⁹.

Man schrieb von Schweizer Konferenzen der österreichischen Erzherzöge, in denen der Verzicht auf die österreichische Monarchenwürde diskutiert würde⁹⁰. Schließlich wußte man, daß ein Abgesandter von Thomas Masaryk bei Erzherzog Joseph erschienen war, und vermutete, daß die Tschechen diesem Thronanwärter entgegenkämen, «dessen Prinzipien dem Bestand des tschechischen Staates als solchen nicht gefährlich würden»⁹¹. Endlich verlautete, daß die Chancen einer Rückkehr Kaiser Karls nach Ungarn erschüttert seien, nach-

⁸⁴ BOROVICZÉNY, 83-89.

⁸⁵ TS 1921-1922.

⁸⁶ PA AA, Bonn, *Politik 11*, Nr. 2, Bd. 1, Budapest, 27. Juli 1920, v. Stumm an Auswärtiges Amt, Berlin.

⁸⁷ Ebd.

⁸⁸ PA AA, Bonn, *Politik 11*, Nr. 2, Bd. 1, Budapest, 22. August 1920, Deutsches Generalkonsulat für Ungarn an Auswärtiges Amt, Berlin.

⁸⁹ Ebd.

⁹⁰ PA AA, Bonn, *Politik 11*, Nr. 2, Bd. 2, Budapest, 3. September 1920 und 26. September 1920, Graf Egon Fürstenberg an Auswärtiges Amt, Berlin; [o.O.], 29. September 1920 (Abschrift), Bericht über den Besuch von Edmund Benitzky (Innenminister a.D.) in Prangins mit dem Einverständnis Horthys, Konferenzen der Erzherzöge in der Schweiz. Graf Egon Fürstenberg-Stammheim, ab 1920 Deutscher Generalkonsul in Budapest.

⁹¹ PA AA, Bonn, *Politik 11*, Nr. 2, Bd. 1, Budapest, 9. Oktober 1920, Deutsches Generalkonsulat an Auswärtiges Amt, Berlin.

dem er sich angeblich geweigert hätte, auf den österreichischen Thron zu verzichten. Man erwartete jetzt ein nationales Königtum in einem mit der Slowakei und Kroatien vereinten Ungarn unter den Erzherzögen Albrecht und Joseph⁹². Kaiser Karl hatte sich im Herbst 1920 aus Prangins mit einem Brief an den Primas von Ungarn gewandt und um einen verlässlichen Boten für die Übermittlung von mündlichen Nachrichten gebeten. Der König hatte auch gewünscht, daß der ungarische Episkopat ihm die Treue hielte. Nachdem sich der Primas über die Einstellung der Entente zur Königsfrage informieren ließ, «noch mißbilligen die führenden europäischen Mächte nicht die Rückkehr des Königs», stand der ungarische Episkopat treu zum gekrönten König und grundsätzlich zum Prinzip der Legitimität. Er konnte jedoch keine Verantwortung für eine öffentliche Aktion übernehmen, die seinem theoretischen Standpunkt entsprach. Deshalb verhielten sich die Bischöfe abwartend⁹³.

Dieser Reserve gegenüber einem baldigen Restaurationsversuch Kaiser Karls entsprach auch die Haltung des Kardinalstaatssekretärs Pietro Gasparri, der dem Hofbischof Ernst von Seydl mitteilte, der Kaiser möge sich ruhig und abwartend verhalten⁹⁴.

Am 26. November 1920 ließ Papst Benedikt XV. ganz plötzlich um 5 Uhr 30 früh den bayerischen Kapuzinerpater Cölestin Schwaighofer zu sich rufen. Dieser war damals in Rom und hatte während des Ersten Weltkrieges zu den geheimen Nachrichtenträgern des Papstes gehört. Benedikt XV. übertrug dem Pater eine Geheimmission für Kaiser Karl, er sprach mit ihm über die gegenwärtige politische Situation und über Unternehmungen der Zukunft, über Freunde und Feinde des Habsburgers.

Drei Tage später hatte Pater Cölestin von 5 Uhr 50 bis 6 Uhr 55 früh eine zweite Geheimaudienz beim Papst. Wie wir seinen sehr fragmentarischen Notizen entnehmen, sprach Benedikt XV. mit ihm unter anderem wieder über Kaiser Karl. Er sei sehr französisch orientiert — notierte Pater Cölestin — er selbst habe den Kaiser gewarnt, auf Frankreich nicht zu große Hoffnung zu setzen. Er solle nicht zu früh und unmöglich jetzt mit der Restauration beginnen. Der Kaiser habe sich gewandelt und sei sehr ehrgeizig geworden, kann man unter den Stichwörtern Pater Cölestins entziffern und es sei auch unklug, daß in Prangins Mitglieder der Familie Bourbon-Parma gesehen würden⁹⁵.

⁹² PA AA, Bonn, *Politik 11*, Nr. 2, Bd. 1, T. Hermann (?) an Auswärtiges Amt, Berlin, Budapest, 2. November 1920.

⁹³ GERGELY (wie Anm. 70), 82f: Protokoll vom 27. Oktober 1920; ADAM (wie Anm. 71), 35 mit Anm. 30.

⁹⁴ FEIGL, *Kaiser Karl*, 293-294; TS 1922: «Bei diesen Gelegenheiten habe ich die Wahrnehmung gemacht, daß Kardinal Gasparri den Restaurationsbestrebungen in Ungarn keineswegs ablehnend gegenüberstand, sondern sich positiv fördernd gezeigt hat. Er mahnte nur viel mehr zur Vorsicht als der Heilige Vater und stellte auch die Angelegenheit nicht in gleicher Weise wie der Papst als unbedingt eilig hin. Bei einem der Gespräche erwähnte Kardinal Gasparri, der Vatikan werde bezüglich der Restauration durch Irland auf England einen Druck ausüben». Ernst von Seydl (1872-1952), 1918 Titularbischof von Eucarpia und Hofbischof.

⁹⁵ BKA, *NL Cölestin Schwaighofer*, X, 151, 57/8: Audienz beim Heiligen Vater, 1 (26. November 1920 ab 5 Uhr 50 - 6 Uhr 30), 2 (29. November 1920 ab 5 Uhr 50 - 6 Uhr 55). Petrus Cölestin Schwaighofer von Deggendorf, OFMCap (1863-1934).

Offiziell
schof Seydl
ser. Der Pap

sei
ungehe
habe,
bis zu
hinweg
Katak
einer s
den fes
wieder
möglich
aberma
wieder
Verein
könne.
Papst
schon
überne
Kind w
daß Ka
sollten

Die auf
damals allg
strenge Geh
sein bewußt
Motive, den
andere Trieb

Der Geo
ter Könige b
cher- und H
König Konst
italienischer
daß er seit d
nigsherrscha

Reichsw
schaft nach

* Ebd.: A
* Einige a
* TS 2923
* FEIGL, A
Errichtung eine
Stuhl 17, Bd.
Österreich 86.
Legationsrat Fr
katholischen M

Offiziell brachte Pater Cölestin eine Mitra als Geschenk des Papstes für Bischof Seydl nach Prangins und tarnte damit seinen Geheimauftrag für den Kaiser. Der Papst ließ den Kaiser wissen: ihm, dem Heiligen Vater,

seien vor kurzem gewichtige Nachrichten zugekommen von einer solch ungeheuren Verschwörung gegen die Kirche von Osten her, daß es den Anschein habe, als ob alles verschlungen werden sollte. Die Kirche sei der Fels Petri, der bis zum Ende der Zeiten stehen werde, aber die Stürme könnten über den Fels hinwegfegen und es wäre nicht ausgeschlossen, daß die Kirche sich wieder in die Katakomben flüchten müsse. Der Papst wolle die Kirche und die Seelen vor einer solchen Katastrophe bewahren. Menschlich sehe er nur eine Möglichkeit: den festgefügtten Wall, der die Österreichisch-Ungarische Monarchie gewesen, wieder herzustellen. Der Papst bittet also [*den Kaiser*], er möge so rasch als möglich nach Ungarn zurückkehren, von dort aus die verschiedenen Länder abermals unter seiner Krone vereinigen und die Rolle des Bollwerks der Kirche wieder aufnehmen. «Der Papst meinte, die Eile sei notwendig, weil ja die Vereinigung der verschiedenen Länder nicht von heute auf morgen geschehen könne. Daher dürfe keine Zeit verloren gehen, um das Werk zu beginnen. Der Papst hatte scherzend hinzugefügt, daß, wenn das Kind, das erwartet wurde, schon in Budapest geboren würde, er gerne bereit wäre, die Patenschaft zu übernehmen; wenn nicht, so müßten wir auf seine Patenschaft» für «das nächste Kind warten. Der Papst betonte, daß nur er allein um diesen Auftrag wisse und daß Kardinal Gasparri und das Staatssekretariat darüber in Unkenntnis bleiben sollten»⁹⁶, notierte Kaiserin Zita Jahrzehnte später.

Die außerordentliche Beziehung Kaiser Karls zu Papst Benedikt XV. war damals allgemein bekannt. Sie ist vielfach belegt⁹⁷. Ohne Zweifel waren die strenge Gehorsamsauffassung des Kaisers, seine Verehrung des Papstes und sein bewußter Verzicht auf jede «papstkritische Einstellung»⁹⁸ die stärksten Motive, den Rückkehrversuch nach Ungarn zu wagen. Es wirkten jedoch noch andere Triebkräfte mit, daß der Kaiser den Wunsch des Papstes ausführte.

Der Gedanke der Restauration von Monarchien und die Rückkehr exilierter Könige beherrschte damals einen Teil der öffentlichen Meinung. Wittelsbacher- und Hohenzollernkönige lebten im Exil. Am Ende des Jahres 1920 war König Konstantin von Griechenland, den 1917 die Entente gestürzt hatte, mit italienischer Hilfe nach Athen zurückgekehrt. Geld und Intrigen halfen ihm, daß er seit dem 19. Dezember 1920, nach einer Volksabstimmung, seine Königsherrschaft wieder ausüben konnte⁹⁹.

Reichsverweser Horthy hatte mit König Karl vereinbart, ihm die Herrschaft nach Abschluß des Vertrages von Trianon (4. Juni 1920) zu übergeben.

⁹⁶ Ebd.; Archiv der Gebetsliga, Stift Lilienfeld; TS 2928-2929; FEIGL, *Kaiser Karl*, 292-295.

⁹⁷ Einige ausgewählte Beispiele: TS 2850-2851, 2922-2923, 2925, 2926.

⁹⁸ TS 2923-2924.

⁹⁹ FEIGL, *Kaiser Karl*, 259, 288; zum Problem der Vereinigung Bayerns mit Österreich, der Errichtung einer Österreichisch-Bayerischen (katholischen) Monarchie: PA AA, Bonn, *Päpstlicher Stuhl* 17, Bd. 3; Rom, 9. Februar 1920, v. Bergen an Auswärtiges Amt, Berlin (Telegramm); *Österreich* 86, Nr. 1, Bd. 4, Berlin, 17. November 1920, Frh. v. Brentano-Tremezzo an den geh. Legationsrat Frh. v. Grünau: Nuntius Pacelli steht der Errichtung einer Österreichisch-Bayerischen katholischen Monarchie ablehnend gegenüber; BKA, NL Cölestin Schwaighofer, X, 151, 57/9.

Später hatte man sich auf den Zeitpunkt der Ratifikation des Friedensvertrages durch die Ungarische Nationalversammlung geeinigt ¹⁰⁰.

Während der Heilige Stuhl die ungarischen Diözesanstrukturen den in Paris festgelegten Grenzen der Nachfolgestaaten anpassen wollte, wünschte der ungarische Episkopat, vorläufig die kirchlichen Territorialstrukturen des alten Ungarn zu erhalten. Papst Benedikt XV., an den sich der Primas, Kardinal Csernoch, gewandt hatte, betonte, er könne höchstens ein halbes Jahr nach Abschluß des Vertrages von Trianon dem Druck der Ententemächte widerstehen und die ungarische Kirchenorganisation noch so lange erhalten ¹⁰¹. (Eine Position des Heiligen Stuhles, die nur aus der Perspektive der ungelösten Römischen Frage verständlich ist). ¹⁰².

Verschiedene in Ungarn lebende Habsburger strebten nach dem Thron, allen voran Erzherzog Joseph, der am Ende des Jahres 1920 seine Kontakte in Richtung Tschechoslowakei ¹⁰³ und in Richtung Italien pflegte. Sein Sohn Erzherzog Joseph Franz, reiste um die Jahreswende von 1921/22 zur Hochzeit des Prinzen Konrad von Bayern mit der Tochter des Herzogs von Genua nach Italien. In den Büros der Diplomaten sprach man von der bevorstehenden Vermählung mit Jolanthe, der Tochter König Viktor Emanuels III ¹⁰⁴. Erzherzog Joseph schien mit einer Außenpolitik, die er ohne Zustimmung des Familienoberhauptes und Kaisers betrieb, seine Aspirationen auf den ungarischen Königsthron zu stützen. Auch hörten die vorzüglich informierten deutschen Diplomaten in Budapest und Wien von Besuchern aus Prangins, Kaiser und König Karl, der von seinen Rechten überzeugt wäre, könnte sich nicht entschließen, das nationale Königtum in Ungarn anzunehmen ¹⁰⁵.

Herr von Rosenberg berief sich auf Äußerungen Friedrich von Wiesners ¹⁰⁶, der erzählte, Horthy habe Kaiser Karl mitgeteilt, er könne höchstens bis Anfang Jänner die ungarische Königsfrage in der Schwebe lassen. König Karl müsse sich bis dahin entschließen, entweder das nationale Königtum anzunehmen, oder in Paris eine günstige Entscheidung herbeizuführen ¹⁰⁷.

Es gibt keine exakten Studien, die die Frage beantworten, ob Horthy tatsächlich unter solch innerpolitischen Druck handelte. Die gegensätzlichen Einstellungen der ungarischen Parteien zur Königsfrage sind bekannt. Die freien Königswähler, die sich im wesentlichen mit der Partei der Kleinen Landwirte

¹⁰⁰ DÉVÉNYI (wie Anm. 72), 59.

¹⁰¹ GERGELY (wie Anm. 70), 83: Protokoll vom 27. Oktober 1920.

¹⁰² J. BACHEM, *Papsttum und Weltkrieg*, in H. BASTGEN, *Die Römische Frage. Dokumente und Stimmen* III/2, Freiburg i.Br. 1919.

¹⁰³ PA AA, Bonn, *Politik 11*, Nr. 2, Bd. 1, Budapest, 9. Oktober 1920: Bericht.

¹⁰⁴ PA AA, Bonn, *Politik 11*, Nr. 2, Bd. 3, Budapest, 30. Dezember 1920, Fürstenberg an Auswärtiges Amt, Berlin; ÖStA, NPA, *Kart.* 87, fol. 17r, Rom, 1. Februar 1921: Frh. v. Pastor an Bundesminister für Äußeres; BOROVICZÉNYI, 93-94. Ludwig Freiherr von Pastor (1854-1928), ab 1921 Österreichischer Gesandter beim Hl. Stuhl; Viktor Emanuel III, König von Italien 1900-1946.

¹⁰⁵ PA AA, Bonn, *Politik 11*, Nr. 2, Bd. 1, Wien, 17. Dezember 1920: Besprechung mit dem Exkaiser in Prangins.

¹⁰⁶ TS 2167, Fribourg, 21. Jänner 1921, Graf Nikolaus Revertera an Friedrich von Wiesner.

¹⁰⁷ Vgl. Anm. 105 oben.

deckten, bet
1918 als Abc
plizierte. In
gemäß repu
Partei der Cl
waren Legi
bedeutsam
den Bereich
schen Politik

Kaiserin
den Verhan
sprach, den
Frankreich w
und militäris
len und Druc
protestierten
ihnen keine
Franz] und s
heftig», bem
Deutschlands

«Sie
ne ihren
len. Des
fond", B
die bess
von Bou
diateme

Die unga
die Ofener B
ger), Vac (W
Rückkehr des
burg), Csanád
gische Restau
den die Anhä
fe von Veszpr
kannte prinzi

¹⁰⁸ BOROVICZÉNYI

¹⁰⁹ DÉVÉNYI

Kleine Entente I

¹¹⁰ FEIGL, *Ka*

¹¹¹ DÉVÉNYI

¹¹² Graf János

Zichy, Pécs (Fünf)

¹¹³ Ottokár F

Szmrecsányi, Ege

deckten, betrachteten den Eckartsauer Verzicht des Königs vom 13. November 1918 als Abdankung, die die Renuntiation der kirchlichen Patronatsrechte implizierte. In dieser Partei hatten sich viele Calviner versammelt, die traditionsgemäß republikanische Ideen vertraten. Obwohl Calviner, stand Horthy in der Partei der Christlich-Nationalen. Die Mehrzahl ihrer Mitglieder und Anhänger waren Legitimisten und anerkannten das Recht des gekrönten Königs¹⁰⁸. Der bedeutendste äußere Faktor, der den inneren Auftrag Karls zur Rückkehr in den Bereich der Möglichkeit rückte, waren die Zusagen der beiden französischen Politiker Paul Deschanel und Aristide Briand.

Kaiserin Zita und Aladár von Boroviczény berichten übereinstimmend von den Verhandlungen und Abmachungen des Königs mit Briand. Dieser versprach, den König nach Übernahme der Gewalt in Ungarn anzuerkennen. Frankreich wollte dann wirtschaftliche Beziehungen aufnehmen, Staatskredite und militärische Hilfe gewähren, die alten ungarischen Grenzen wiederherstellen und Druck auf jene Nachbarn ausüben, die gegen die Rückkehr des Königs protestierten. Diese könne man finanziell zum Schweigen bringen, indem man ihnen keine Kredite gewährte¹⁰⁹. «Die Romreise des Erzherzogs [Joseph Franz] und sein offenes Auftreten als Prätendent erschreckten die Franzosen heftig», bemerkte Kaiserin Zita, denn sie befürchteten eine Vereinigung Deutschlands mit Italien.

«Sie hatten also wirkliche und wichtigste Lebensinteressen daran, die Pläne ihrer Alliierten zu durchkreuzen und Österreich-Ungarn wieder herzustellen. Deschanel war dafür mit seiner ganzen Überzeugung 'et il serati allé à fond', Briand mit seiner ganzen Eitelkeit, um zu beweisen, daß seine Politik die bessere war. Und so sagte Briand zu meinen Brüdern [Sixtus und Xavier von Bourbon-Parma]: 'Qu'il rentre au plus tôt et nous le reconnaitrons immédiatement'»¹¹⁰.

Die ungarischen Bischöfe standen dem Plan der Rückkehr König Karls in die Ofener Burg uneinheitlich gegenüber. Jene von Szombathely (Steinamanger), Vac (Waitzen) und Pécs (Fünfkirchen) setzten sich bedingungslos für die Rückkehr des Königs ein¹¹¹. Die Bischöfe von Székesfehérvár (Stuhlweißenburg), Csanád und Eger (Erlau), sowie der Militärbischof hielten eine habsburgische Restauration für unmöglich¹¹². Zwischen diesen beiden Gruppen standen die Anhänger des theoretischen Legitimismus, der Primas und die Bischöfe von Veszprém (Weßprim), und Győr (Raab)¹¹³. Diese dritte Gruppe anerkannte prinzipiell das Recht der Habsburger auf die ungarische Krone, doch

¹⁰⁸ BOROVICZÉNYI, 61-65; DEVÉNYI (wie Anm. 72), 58.

¹⁰⁹ DEVÉNYI, 111-112; FEIGL, *Kaiser Karl*, 283-286; M. ÁDÁM, *Richtung Selbstvernichtung. Kleine Entente 1920-1938*, Wien [1988], 34-35; ÁDÁM (wie Anm. 71), 36.

¹¹⁰ FEIGL, *Kaiser Karl*, 286; ÁDÁM (wie Anm. 71), 37, 40, 49.

¹¹¹ DEVÉNYI (wie Anm. 72), 58.

¹¹² Graf János Mikes, Szombathely (Steinamanger); István Hauer, Vac (Waitzen); Graf Gyula Zichy, Pécs (Fünfkirchen).

¹¹³ Ottokár Prohászka, Szekesfehérvár (Stuhlweißenburg); Gyula Glattfelder, Csanád; Lajos Szmrecsányi, Eger (Erlau); István Zadravec, Militärbischof.

hütete sie sich vor jedem Schritt, der die innere Ordnung der katholischen Kirche gefährden konnte¹¹⁴.

Zu Beginn der Bischofskonferenz, die am 10. Februar 1921 im Erzbischöflichen Palast von Budapest stattfand, verlas Kardinal Csernoch die Botschaft des Königs, die der Seminarregens Dr. Aurel Martin aus Prangins überbracht hatte:

«Es ist die entschiedene Absicht des Königs, nach der Ratifikation des Friedensvertrages Seinen Thron in Ungarn wieder zu besteigen. Er wird unter keinen Umständen weder in Österreich noch in Ungarn abdanken. Auch kann Er Seine Rückkehr nach Ungarn nicht über den Frühling hinausögern, da sich das Volk daran gewöhnt, keinen Souverän zu haben. Seine Majestät ist infolge Seiner Beziehungen informiert, daß die Alliierten, vornehmlich die Franzosen, Seiner Rückkehr keine Schwierigkeiten entgegensetzen werden. Es werden nur die Tschechen und die Jugoslawen opponieren, ihr Einfluß bei den Alliierten sinkt. Alle gegenteiligen Nachrichten, die von den Missionen der Entente in Budapest stammen, leiten sich aus deren schlechter Information her. Seine Majestät ist entschieden dagegen, daß Erzherzog Joseph auch nur provisorisch den Thron besteigt. Er betrachtet den Nationalkönig als sinnlos und nachteilig, da Er die Garantie der zukünftigen Größe Ungarns und der Wiederherstellung seiner territorialen Integrität in der Wiedervereinigung Ungarns mit Österreich unter einem Souverän sieht. Er betrachtet alle Gesetze, die seit dem Oktober 1918 in Ungarn erlassen wurden, als ungültig und es werden nur solche Gesetze juristische Geltung erhalten, die Seine Majestät sanktioniert.

Deshalb bittet Seine Majestät den Primas und die Mitglieder des Episkopats, das Volk auf Seine Rückkehr vorzubereiten, den Klerus und die Lehrerschaft zu veranlassen, daß sie das Volk und die lernende Jugend von den Kanzeln und in den Schulen [*im Rahmen*] der Religion zur Treue zum König erzieht und aufruft.

Es muß wieder in das allgemeine Bewußtsein dringen, daß Ungarn einen legitimen gekrönten König hat, dem gegenüber alle zur Treue verpflichtet sind. Die gegen die Treue gerichteten Agitationen und Organisationen können nur zu einem Bürgerkrieg führen, da Seine Majestät auf Seine Rechte nicht verzichten wird»¹¹⁵.

Der Primas teilte diese Botschaft dem Reichsverweser, dem Erzherzog Joseph, dem Ministerpräsidenten Graf Pál Teleki und Nuntius Schioppa mit. Horthy, Erzherzog Joseph und Graf Teleki erklärten, daß die Rückkehr des Königs unter den momentanen Umständen unmöglich wäre. Die Hochkommissare Frankreichs und Englands hätten die ungarische Regierung wissen lassen, daß die Kleine Entente im Einverständnis mit der Großen Entente die Rückkehr König Karls als *casus belli* betrachte. Es sei daher im Interesse des Landes notwendig, die Lösung der Königsfrage hinauszuschieben. Nach Auffassung von Kardinal Csernoch stand Erzherzog Joseph absolut loyal zu König Karl. Trotzdem hatte ihm der Kardinal erklärt, solange der legitime König lebe und nicht resigniere, sei er als Primas Hungariae nicht bereit, einen anderen König zu krönen¹¹⁶.

¹¹⁴ János Csernoch, Esztergom (Gran); Nándor Rott, Veszprém (Weßprim); Vilmos Fetscher, Győr (Raab); DÉVÉNYI (wie Anm. 72), 58.

¹¹⁵ GERGELY (wie Anm. 70), 87-88: Protokoll vom 10. Februar 1921.

¹¹⁶ Ebd.; Graf Pál von Teleki (1879-1941), 1919/20 Ungarischer Außenminister, 1920/21 Ungar. Ministerpräsident; Lorenzo Schioppa (1871-1935), Titularerzbischof v. Giustinianopoli di Moccesso, 1912-1920 a. d. Nuntiatur Bayern, 1920-1925 Apost. Nuntius in Budapest.

Bei diese
timen König
zu fördern.
Männer, die
hielten es jed
daß die Zeit s
den Bürgerkr
fen, was die
tragte die Bis
Rott, bei sein
punkt des Epi
ren und zu ge
Königsfrage n
oratio pro res
bereits für sei
jedem Mitglie

Das Verh
dete den näch
einen Brief de
Erhaltung der
rin hieß es: «
Vergangenes
gegenwärtige
daß die christ
diese Sätze M
die Publikation

Auch war
nien ein Konk
Bistümer in Si

Um sich
Neuordnung E
Jahr vorher, al
Regierung. Er
religiösen Inter
zu schützen. M
Nagyvárad, fes
gangenheit Un
Staaten zu stä
Roms vor den
Besiegten. Die
gelöscht und a

¹¹⁷ Ebd., 88.

¹¹⁸ Ebd., 89 m

¹¹⁹ Ebd.

Bei dieser Konferenz kam der Episkopat zu dem Entschluß, treu zum legitimen König zu stehen und nach Möglichkeit die legitimistischen Strömungen zu fördern. Er bedauerte die traurigen Rollen einiger führender katholischer Männer, die sie in der Partei der freien Königswähler spielten. Die Bischöfe hielten es jedoch für ihre Pflicht, den König ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß die Zeit seiner Rückkehr noch nicht gekommen sei. Seine Ankunft würde den Bürgerkrieg und den militärischen Eingriff der Kleinen Entente hervorrufen, was die endgültige Aufteilung Ungarns zur Folge hätte. Deshalb beauftragte die Bischofskonferenz den Bischof von Veszprém (Weßprim), Nándor Rott, bei seinem bevorstehenden Besuch in Prangins dem König den Standpunkt des Episkopates mitzuteilen, ihn über die drohende Gefahr zu informieren und zu geduldigem Abwarten zu veranlassen. Man schloß das Thema der Königsfrage mit der Diskussion über das öffentliche Gebet für den König, die *oratio pro rege*, ab. Bischof Mikes von Szombathely (Steinamanger) hatte es bereits für seine Diözese vorgeschrieben. Die Bischofskonferenz stellte es aber jedem Mitglied des Episkopates frei, es abhalten zu lassen oder nicht ¹¹⁷.

Das Verhalten von Heiligem Stuhl und Papst Benedikt XV. zu Ungarn bildete den nächsten wichtigen Punkt dieser Konferenz. Die Bischöfe waren über einen Brief des Papstes vom 22. Jänner 1921, mit dem er ihre Bitte nach der Erhaltung der ungarischen Kirchenstruktur beantwortet hatte, betroffen. Darin hieß es: «Ihr, lieber Sohn und ehrwürdige Brüder, sollt nicht so sehr an Vergangenes denken und es festzuhalten suchen. Bemüht Euch, das gegenwärtige Übel zu heilen. Richtet Eure Aufmerksamkeit und Sorge darauf, daß die christliche Moral in altem Glanze wieder aufleuchte» ¹¹⁸. Nachdem diese Sätze Mißverständnisse hervorrufen konnten, unterließ der Episkopat die Publikation dieses Papstbriefes ¹¹⁹.

Auch waren die Bischöfe sehr irritiert, daß der Heilige Stuhl mit Rumänien ein Konkordat abschließen wollte, das die Jurisdiktion der altungarischen Bistümer in Siebenbürgen und der Diözese von Csanád regelte.

Um sich gegen die so rasche Anpassungspolitik des Vatikans an die Neuordnung Europas zu wehren, wandte sich der Episkopat — wie bereits ein Jahr vorher, als es um die Errichtung der ungarischen Nuntiatur ging — an die Regierung. Er ersuchte sie, den Heiligen Stuhl zu bitten, die kulturellen und religiösen Interessen der Ungarn in den abgetretenen Gebieten zu wahren und zu schützen. Mit Bedauern stellte Graf Miklós Széchenyi, der Bischof von Nagyvárad, fest, daß der Heilige Stuhl ohne Rücksicht auf die 1000jährige Vergangenheit Ungarns eine Maßnahme nach der anderen ergreife, um die neuen Staaten zu stärken. Der Bischof vermißte die traditionelle Unbeugsamkeit Roms vor den Siegern und dessen entschiedene Verteidigung des Rechtes der Besiegten. Die Kirche des heiligen Ladislaus, das Bistum Szatmár, werde ausgelöscht und anstatt der lateinischen Katholiken der rumänische Staat vertei-

¹¹⁷ Ebd., 88.

¹¹⁸ Ebd., 89 mit Anm. 4.

¹¹⁹ Ebd.

dig. Denn man gebe sich der Illusion einer Union mit der orthodoxen Kirche hin. «Es ist schon an der Zeit», forderte Graf Széchenyi, «daß der ungarische Episkopat nicht weiter im unterwürfigen Ton der Huldigung, sondern mit offenem und beleidigtem Selbstgefühl mit Rom spricht und den Heiligen Stuhl auf die Gefahr seiner bisherigen Politik aufmerksam macht». Würden die Maßnahmen des Vatikans allgemein bekannt und veröffentlicht, sei mit elementaren Ausbrüchen der ungarischen Katholiken zu rechnen, die unvorhersehbare Folgen nach sich zögen. Die Bischofskonferenz war nicht bereit, Nuntius Schioppa einen konkreten Vorschlag für die Neueinteilung der ungarischen Diözesen zu machen. Sie beharrte auf ihrem Beschluß vom 17. März 1920, die alten Zustände aufrecht zu erhalten¹²⁰.

4. ERSTE RÜCKKEHR NACH UNGARN

Am 31. März 1921, vier Tage nachdem sich Reichsverweser Horthy in der Ofener Burg geweigert hatte, dem nach Ungarn zurückgekehrten König die Macht zu übergeben¹²¹, erschien Graf Alexander Esterházy in der Residenz der Apostolischen Delegation in Bern. Der Obersthofmeister von Kaiserin Zita ersuchte in ihrem Auftrag, mit einem Kurier ein Päckchen an Papst Benedikt XV. zu senden. Im Namen der Kaiserin fügte er hinzu, Seine Majestät Kaiser Karl habe es nicht für passend gefunden, vor seiner Abreise nach Ungarn den Heiligen Stuhl davon zu verständigen, um den Papst vor Unannehmlichkeiten und Verantwortlichkeiten zu bewahren¹²².

«... Es ist nicht der reine Ehrgeiz», schrieb der Kaiser, «sondern das Bewußtsein der Pflichten, die Ich als gekrönter König habe und die Mir heiliger sind als Meine Rechte, weshalb Ich Mich entschlossen habe, nach Ungarn zurückzukehren in der Hoffnung, daß Meine Anwesenheit die inneren Kämpfe beenden werde. Ich habe Mich sicherlich nicht unüberlegt entschieden und aus ganzem Herzen den Allmächtigen gebeten, Mich zu erleuchten und Mir den Weg zu zeigen, um sicher Meinen Völkern Wohlergehen und Ruhe zu bringen»¹²³.

Die Konfrontation zwischen König und Reichsverweser in der Ofener Burg war dramatisch gewesen. Der König hatte die Macht gefordert, um nach deren Übergabe die französischen Zusagen zur Realisierung zu bringen. Horthy, beeindruckt von der tschechischen Außenpolitik und von den Drohungen der kleinen Entente, befürchtete militärische Interventionen. Dieser merkwürdige Vorgang, daß sich unter äußeren Umständen Treueide transformieren — man konnte ihn schon bei den österreichischen Bischöfen im Jänner 1919 beobachten — hatte auch Horthy erfaßt und veranlaßt, seinen dem König ge-

¹²⁰ Ebd., 89 ff; Graf Miklós Széchenyi, Bischof von Nagyvárád.

¹²¹ BOROVICZENY, 115-120; FEIGL, *Kaiser Karl*, 298-311, übernommen aus K. WERKMANN, *Aus Kaiser Karls Nachlaß*, Berlin 1925, 53-70.

¹²² AE, *Austria* 837, Prot. 19.023, Bern, 31. März 1921, Egidio Lari an Pietro Gasparri.

¹²³ Ebd., Beilage, Kaiser Karl an Papst Benedikt XV. (Original französisch); über die offizielle vatikanische Reaktion: PD 2, 303, Nr. 283; Graf Somssich an Dr. Gustav Gratz, Gustav Gratz (geb. 1875), Gesandter in Wien, ab 1921 Ungarischer Außenminister.

schworenen E
Land Ungarn
auszuspielen.

Nachdem
Briand mit ges
zuerst Wien m
und sein Ein
rückfahren un
hatte der Kön
Horthy wandt
sischen Vertre
Briand in Pari
ge. Damit hat
nig Karl zersch

Aladár vo
ten, des Außen
gegnete in den
schofspalais.
Apparat arbeit
der Ententen
bis dahin kein

Erst am 4
wärtigen Amt
gen von Italien
timatum geste
König Karl d
[Tschechoslow
halt weiterer n
konzentrations
ner Regierung

Während
laborierte, soll
«der französisc
sein und ihm g

«die I
ten, daß v
schieren v
Obersten
Steinamar

¹²⁴ TS 2199-2
276: Budapest, 31
novsky an Gratz; E
Budapest; ÁDAM (v

¹²⁵ Ebd., 122-
¹²⁶ PA AA, Bo
und III.: BOROVICZ

schworenen Eid nach der Legalisierung seines Amtes im März 1920 auf das Land Ungarn zu übertragen, den Regenteneid gegen den ersten Soldateneid auszuspielen.

Nachdem der Reichsverweser vom ungeschützten König den Namen Briand mit geschickter Taktik hervorgelockt hatte, vereinbarte er mit ihm, daß zuerst Wien militärisch erobert werde, danach sollte die Rückkehr des Königs und sein Einzug in Budapest erfolgen. König Karl sollte nach Szombathely zurückfahren und dort die Nachrichten Horthys abwarten. Mit dieser Zusage hatte der König die Ofener Burg im Bewußtsein seiner Niederlage verlassen. Horthy wandte sich am darauffolgenden Tag an Maurice Fouchet, den französischen Vertreter der Entente. Die offizielle Anfrage des Hochkommissars bei Briand in Paris zwang diesen zum öffentlichen Dementi seiner geheimen Zusage. Damit hatte der Reichsverweser den ersten Restaurationsversuch von König Karl zerschlagen¹²⁴.

Aladár von Boroviczény, der am 31. März über Weisung seines Vorgesetzten, des Außenministers Gustav Gratz, nach Szombathely gekommen war, begegnete in den späten Abendstunden dem schwerermüdeten Monarchen im Bischofspalais. Boroviczény, der in den folgenden Tagen selbst am Hugh-Apparat arbeitete, konnte sich von der abwartenden Haltung der Regierungen der Ententen überzeugen. Von einer Mobilmachung der Kleinen Entente war bis dahin keine Rede¹²⁵.

Erst am 4. April 1921 teilte der tschechische Gesandte in Berlin dem Auswärtigen Amt mit, die Tschechoslowakei habe gemeinsam mit den Regierungen von Italien, Rumänien und Jugoslawien der ungarischen Regierung ein Ultimatum gestellt, das am Donnerstag, den 8. April, ablaufe. «Falls bis dahin König Karl den ungarischen Boden nicht verlassen hätte, würden sie [*Tschechoslowakei*] Ungarn wirtschaftlich blockieren und unter dem Vorbehalt weiterer militärischer Maßnahmen zwei Jahrgänge mobilisieren. Truppenkonzentrationen an der Grenze seien schon jetzt seitens Jugoslawiens und seiner Regierung im Gange»¹²⁶.

Während König Karl in Szombathely (Steinamanger) an seiner Erkältung laborierte, soll nach vertraulichem Bericht des deutschen Gesandten in Wien «der französische Gesandte bei seinem schweizerischen Kollegen erschienen» sein und ihm gesagt haben:

«die Drohungen der Kleinen Entente seien Bluff. Er habe sichere Nachrichten, daß weder Rumänien noch die Tschechoslowakei noch Jugoslawien marschieren würden, wenn der König in Ungarn bleibe. Aus der Umgebung des Obersten Lehár verlautet, die französische Regierung habe dem König nach Steinamanger sagen lassen, er solle unbedingt in Ungarn bleiben. Im gleichen

¹²⁴ TS 2199-2201; PD 2, 296, Nr. 275: Wien, 31. März 1921, Masirevich an Gratz; 297, Nr. 276: Budapest, 31. März 1921, Kánya an Masirevich; 392, Nr. 282: Paris, 31. März 1921, Praznovsky an Gratz; BOROVICZÉNY, 119-120. Maurice Fouchet, 1919 Französischer Hochkommissar in Budapest; ÁDÁM (wie Anm. 71), 52-54.

¹²⁵ Ebd., 122-124.

¹²⁶ PA AA, Bonn, *Politik 11*, Nr. 2, Bd. 1, Berlin, 4. April 1921, Auswärtiges Amt für Abt. II. und III.: BOROVICZÉNY, 121-124, 133; LEHÁR (wie Anm. 47), 203-210; ÁDÁM (wie Anm. 71), 47, 55.

Sinne soll den König ein hochgestellter Engländer beraten haben. ... Frankreich hat seine Hoffnung, durch die Wiedereinsetzung des Königs in Budapest einen Wiederezusammenschluß Ungarns mit Österreich vorzubereiten und dadurch dem Anschluß der Alpenländer an Deutschland eine Riegel vorzuschieben, offenbar nur ungern und zögernd begraben»¹²⁷.

Kurz nach Eintreffen der Nachricht von der Anwesenheit König Karls in Ungarn sprach der österreichische Botschafter beim Heiligen Stuhl, Freiherr Ludwig von Pastor, Kardinalstaatssekretär Gasparri.

«Der Cardinal sagte sofort: dieser Versuch wird mit einem Fiasko enden. Übrigens ist der Cardinal der Ansicht, daß trotz dieses Fiaskos die Aussichten König Karls für die Zukunft keineswegs vernichtet seien, denn die Mehrheit der ungarischen Nation halte offenbar an dem Restaurationsgedanken fest. Als Hauptanstanfiter der ungarischen Reise bezeichnen hiesige Politiker Briand. Und diese Angabe hält auch der Cardinalstaatssekretär für richtig»¹²⁸.

Gegen die Ansicht Gasparris von der Einstellung des ungarischen Volkes zum König teilte Nuntius Schioppa aus Budapest das ganz negative Ergebnis der Reise König Karls nach Ungarn mit. Die Apathie der Bevölkerung und die Geringschätzung des Königs hätten zugenommen, die monarchistische Sache und speziell die Habsburger wären kompromittiert. Das Prestige Horthys im Land und in den Augen der Entente sei gewachsen, die ungarische Innenpolitik, die den Kampf der Parteien befrieden wollte, habe schwere Rückschläge erfahren.

«Ich habe mich bei der Annahme, daß das Publikum dieser Geste des Königs mit großer Indifferenz gegenübersteht, nicht getäuscht. Tatsächlich ist es heute [3. April 1921] im ganzen Land ruhig, es fanden keine Demonstrationen für oder gegen den König statt». Schioppa hob hervor, «daß Seine Majestät keine Kontakte mit dem Kardinal hatte»¹²⁹.

Nach der Rückkehr des Kaisers und Königs in die Schweiz berichtete Luigi Maglione aus Bern, er sei bei Giuseppe Motta, dem Leiter der politischen Sektion des Schweizerischen Bundesrates zu Besuch gewesen. Dabei wurde das Asyl des Kaisers besprochen. Nachdem Motta absolut sicher war, daß der Bundesrat entschieden hätte, den Kaiser zur Abreise aus der Schweiz aufzufordern, wollte man ihm diese Schmach ersparen und ihn vertraulich und loyal informieren. Oberst Pfyffer von Luzern, der das Vertrauen des Kaisers besaß, wurde mit dieser Mission beauftragt. «Der Kaiser war so erschüttert, daß er weinte. Als er sich beruhigt hatte, sagte er zum Oberst, er verstehe vollkommen, daß er selbst einen Entschluß fassen müsse. Er hat vorgeschlagen, bis

¹²⁷ PA AA, Bonn, *Politik* 11, Nr. 2, Bd. 1, Wien, 20. April 1921, Rosenberg an Auswärtiges Amt, Berlin.

¹²⁸ ÖStA, NPA, *Kart.* 87, fol. 49rv, Rom, 11. April 1921, Ludwig von Pastor an Bundesministerium f. Äußeres.

¹²⁹ AE, *Austria* 837, Prot. 21.807, Budapest, 3. April 1921, Lorenzo Schioppa an Pietro Gasparri.

August zu blei
chen, diese G
daß er währen
herumzufahre
und mit große
verpflichtung
hatte. «Er hat
nommen war

Das Gesp
schäftigte seit
deutsche Ges
Königs im Au
keit erzielt wo
er interniert,
gewählt werde
Prag und Belg
chische Kaiser
Landes widme
tei und mit de
offen ließ, ob e
Nuntius Schio
August wieder
seph geschrieb
enthaltet in U
Erzherzog nie
es versuchen,
diesen Brief h
Karl als Souve
Fall, daß das
zog die Krone
men. Nun ers
er möge den H
zweiten Restau
der Konversati
sondern einzig
sprochen habe

In den Mo
verschiedene R
Königs und suc
Spanien würde
gistrierte man

¹³⁰ AE, *Austria*

¹³¹ AE, *Austria*
sparr; *Austria* 83

August zu bleiben». Vor dem 20. Mai wollte er die Ungarische Regierung ersuchen, diese Genehmigung beim Bundesrat zu erwirken. «Er hat nur gebeten, daß er während seines Aufenthaltes die Freiheit habe, in der ganzen Schweiz herumzufahren». Motta hatte dem Bundesrat diesen Vorschlag überbracht und mit großer Anstrengung dessen Zustimmung und auch seine Schweigeverpflichtung erhalten, da die Entscheidung des Kaisers spontanen Charakter hatte. «Er hat den Kaiser vertraulich wissen lassen, daß sein Vorschlag angenommen war»¹³⁰.

Das Gespräch über eine zweite Rückkehr des Königs nach Ungarn beschäftigte seit Juni Diplomaten und Journalisten. Aus Budapest berichtete der deutsche Geschäftsträger Fürstenberg von Gerüchten über die Rückkehr des Königs im August. Zwischen Erzherzog Joseph und Horthy sei völlige Einigkeit erzielt worden. Bei einem zweiten Eintreffen des Königs in Ungarn würde er interniert, zur Abdankung gezwungen und Erzherzog Joseph zum König gewählt werden. Dieser sei bereits in Kontakt mit der Großen Entente, mit Prag und Belgrad. Erzherzog Joseph erhebe keinen Anspruch auf die Österreichische Kaiserkrone, er wolle sich dem inneren wirtschaftlichen Aufbau des Landes widmen und habe sein Einvernehmen mit der Kleinen Landwirtepartei und mit den Sozialdemokraten hergestellt. Obwohl Fürstenberg die Frage offen ließ, ob es sich nicht bei diesen Nachrichten um Gerüchte handle, schrieb Nuntius Schioppa dem Kardinalstaatssekretär ähnliches. Der König werde im August wieder nach Ungarn kommen, er habe einen Brief an Erzherzog Joseph geschrieben und diesen getadelt, weil er sich während seines letzten Aufenthaltes in Ungarn nicht gemeldet habe. Der Kaiser bestätigte energisch, dem Erzherzog niemals zu erlauben, den ungarischen Thron zu besteigen. Sollte er es versuchen, könne er nicht länger Mitglied des Hauses Habsburg sein. Auf diesen Brief hätte Erzherzog Joseph geantwortet, er sei immer bereit, König Karl als Souverän von Ungarn anzuerkennen, wenn ihn die Nation wolle. Im Fall, daß das ungarische Volk den gekrönten König ablehne und dem Erzherzog die Krone anbiete, werde er sie trotz der Drohung König Karls annehmen. Nun ersuchte der Erzherzog den Nuntius, der in seinem Palast wohnte, er möge den Heiligen Vater bitten, auf König Karl einzuwirken, daß er keinen zweiten Restaurationsversuch unternehme. «Der Erzherzog hat mir während der Konversation wiederholt erklärt, daß er nicht aus persönlichem Interesse, sondern einzig und allein zum Wohl Ungarns und des Hauses Habsburg gesprochen habe»¹³¹.

In den Monaten Juli und August liefen die Bewegungen um Kaiser Karl in verschiedene Richtungen. Man erwartete einen zweiten Restaurationsversuch des Königs und suchte für ihn ein anderes Asyl in Europa. Man hoffte, der König von Spanien würde den mit ihm verwandten Habsburger aufnehmen. Außerdem registrierte man eine heftige Tätigkeit in den Kreisen der Freimaurerei.

¹³⁰ AE, *Austria* 837, Prot. 20.776, Bern, 11. Mai 1921, Luigi Maglione an Pietro Gasparri.

¹³¹ AE, *Austria* 837, Prot. 23.732, Budapest, 5. Juli 1921, Lorenzo Schioppa an Pietro Gasparri; *Austria* 837, Prot. 23.742, Budapest, 15. Juli 1921, Lorenzo Schioppa an Pietro Gasparri.

«In letzter Zeit mehren sich die Nachrichten», berichtete der deutsche Botschafter aus Wien, «über Anwachsen der monarchistischen Bewegung in Österreich. Ihren Ausgangspunkt soll die Bewegung in Pariser Logenkreisen haben. Unkontrollierbare Gerüchte besagen, daß bis ins kleinste ausgearbeitete Pläne vorlägen, um Karl von Habsburg, falls es ihm gelänge, in Budapest wieder festen Fuß zu fassen, auch die Rückkehr nach Wien ohne allzu große Reibungen zu erleichtern. Desgleichen seien Waffenkäufe in größerer Menge bereits zu diesem Zwecke getätigt worden»¹³².

Die Gruppierungen in der europäischen Maçonnerie, ihre politischen Einstellungen und Ziele waren verschieden und divergierend. Während Masaryk und Beneš in Verbindung mit jenen Kreisen der Maçonnerie standen, die jede habsburgische Restauration absolut zu verhindern suchten, faßten andere Logen den Plan, die Österreichisch-Ungarische Monarchie wiedererstehen zu lassen. Eine Gruppe der bedeutendsten Schweizer Logen befürchtete das Aufkommen des Pangermanismus und des Antisemitismus. Sie sandten im Sommer 1921 ihre Vertreter zu Kaiser Karl, boten ihm ihre Hilfe für die Wiederherstellung des Thrones und eine gewaltige finanzielle Unterstützung aus Amerika an. Damit sollte die politische und ökonomische Situation behoben und die Rückkehr des Kaisers nach Wien gesichert werden. Dafür forderten sie von ihm Anerkennung und Schutz der Freimaurerei im künftigen Staat, dessen säkularisierte Schul- und Ehegesetzgebung. Der Kaiser lehnte diese Angebote aus religiösen und politischen Motiven ab. Er wollte sich nicht in die Abhängigkeit der Maçonnerie begeben¹³³.

Inzwischen war Kaiser Karl von der Villa Prangins nach Schloß Hertenstein am Vierwaldstädtersee, in den katholischen Kanton Luzern, übersiedelt. Die Schweizer Regierung verhandelte mit Spanien, nachdem die Asylfrist am 20. August 1921 ablief. Die Königinmutter, Marie Christine von Spanien, eine Schwester Erzherzog Eugens, versuchte bei einem Besuch in Hertenstein mit dem Kaiser die Asylfrage zu besprechen. Die fortwährende Bewegung und Unruhe, die den Kaiser damals umgab, verhinderte dieses Gespräch. Deshalb wandte sie sich an den Nuntius von Madrid, Federico Tedeschini, mit der Bitte, Papst Benedikt XV. möge dem Kaiser mitteilen, Spanien könne aus politischen und ökonomischen Gründen ihn und seine Familie mit Hofstaat nicht aufnehmen. Es sei das Beste, wenn der Kaiser in der Schweiz bliebe. Deshalb ersuchte sie den Heiligen Stuhl über den Abgeordneten Giuseppe Motta, eine Verlängerung des Asyls für den König in der Schweiz zu ermöglichen¹³⁴. In dieser gespannten Situation sandte Papst Benedikt XV. seinen Majordomus,

¹³² PA AA, Bonn, *Politik 11*, Nr. 2, Bd. 2, Wien, 1. August 1921, Scharfenberg an Auswärtiges Amt, Berlin.

¹³³ TS 3032-3036, 3525-3527; Kovács (wie Anm. 83), 413 mit Anm. 42; HEISE (wie Anm. 73), 263, 365-366; FEJTŐ (wie Anm. 29), 355-356.

¹³⁴ AE, *Austria* 837, Prot. 24.654, Bern, 13. August 1921, Luigi Maglione an Pietro Gasparri; *Austria* 837, Prot. 24.665, San Sebastian, 19. August 1921, Federico Tedeschini an Pietro Gasparri. Federico Tedeschini, Titularerzbischof von Lepanto, 1921-1935 Apostolischer Nuntius in Madrid; Giuseppe Motta, Abgeordneter des Schweizer Bundesrates, Präsident.